grosse freiheit

ZEITUNG FÜR HAMBURG UND UMGEBUNG

2. Juni 1977
7 Groschen
NR. 4

Was ist los in der BUU

HIOBSBOTSCHAFTEN ÜBER DIE BUU (BÜRGERINITIATIVE UMWELTSCHUTZ UNTERELBE) ERREICHEN DIE ÖFFENTLICHKEIT: PLENUM NICHT MEHR ARBEITSFÄHIG – HAMBURGER BUU VON KB MAJORISIERT – ALTERNATIV-PLENUM GEGRÜNDET – GEFAHR DER SPALTUNG – USW. DIESER ARTIKEL SOLL DIE HINTERGRÜNDE BELEUCHTEN UND SICH INSBESONDERE MIT DER POLITIK DES KB IN DER BUU AUSEINANDERSETZEN.

Seit den Diskussionen um die Beteiligung der BUU am 1. Mai haben sich die politischen Differenzen in den Hamburger BUU-Gruppen zugespitzt. Im Delegiertenplenum stehen sich politische Fraktionen scheinbar unversöhnlich gegenüber, zu inhaltlichen Diskussionen kommt es kaum mehr, stattdessen beherrschen Abstimmungskämpfe das Bild. Ein erheblicher Teil von Stadtteilund Funktionsgruppen hat ein Koordinierungstreffen („Montagsplenum") eingeführt, in dem die versäumten inhaltlichen Diskussionen und eine bessere Koordinierung der nicht parteigebundenen Gruppen geleistet werden sollen.

Die Chronik der Ereignisse zeigt, daß diese Situation hauptsächlich durch das machtpolitische Vorgehen des KB in der Hamburger BUU hervorgerufen wurde; ein Vorgehen, bei dem sein Interesse, die Führung der Bewegung zu übernehmen, andere politische Strömungen herauszudrängen und die BUU als Werkzeug zur Ausdehnung seines Einflusses zu benutzen ihm wichtiger ist als die Anti-Atomkraft-Bewegung insgesamt zu stärken.

Fortsetzung auf den Seiten 10, 11

Altenwerder stirbt

Altenwerder: Ein Stadtteil wird kaputt gemacht

Wer sich durch den Elbtunnel gequält hat und danach in Waltershof die Autobahn verläßt, kann inmitten von Industriemüll und gigantischen Hafenanlagen noch eine dörfliche Idylle entdecken, die allerdings schon deutliche Spuren des Verfalls zeigt: Altenwerder. Der gesamte Stadtteil soll noch in diesem Jahr den Hafenerweiterungsplänen des Senats weichen.

„Die Räumung Altenwerders, die bereits beschlossen und in Angriff genommen worden ist, muß 1977 beendet sein, damit anschließend mit vorbereitenden Maßnahmen für den Hafenbau und die Geländeaufhöhung begonnen werden kann" heißt es im „Hafenentwicklungsplan". Altenwerder ist aber nur der Anfang, weitere Wohngebiete sollen folgen, sind auf den offiziellen Plänen schon nicht mehr vorhanden. Die größte Umsiedlungsaktion dieser Art seit dem Bau des Freihafen in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, vollzieht sich fast unbemerkt von der Hamburger Öffentlichkeit.

Der wichtigste Schritt war schon getan, als den Bewohnern von Altenwerder der neue Hafen „Hansaport" direkt vor die Nase gesetzt wurde.

Fortsetzung auf den Seiten 6, 7

Reiner Wein

Zusammen mit französischen Winzern und mehreren deutschen Gruppen organisieren wir einen Direktverkauf von okzitanischem Wein in Deutschland. Dadurch unterstützen wir die okzitanische Autonomiebewegung.

Frankreich hat uns schon immer fasziniert!

Es erschien uns, den normalen Touristinnen, als ein Land mit einer Sprache, einer Tradition. Seit kurzem wissen wir, daß das nicht stimmt. Es gibt nämlich mehrere verschiedene Volksgruppen, deren Kultur und Sprache unterdrückt werden. Dazu gehören Elsässer, Basken, Korsen . . . und Okzitanier.

Soweit wir wissen, lebten die Okzitanier bis ins frühe Mittelalter unabhängig und im Wohlstand. Ihre Sprache ist bis heute in den Liedern der Troubadure (Minnesänger) überliefert.

Das Land war in verschiedene Grafschaften gegliedert, deren Ortschaften sich selbst verwalteten.

Seit Mitte des 12. Jahrhunderts wurde Okzitanien schrittweise erobert:

1. Durch Heirat mit dem französischen Königshaus.
2. durch militärische Besetzungen.

Die okzitanische Identität wurde durch das Verbot der Sprache, Einführung der französischen Administration und Auflösung der okzitanischen Parlamente zerstört.

Okzitanien ist bis heute eine Kolonie der pariser Zentralregierung geblieben. Das zeigt sich darin, daß die Sprache immer noch unterdrückt wird, daß das Lohngefälle zwischen Norden und Süden, z.B. bei Renault, zwischen 40 und 50 % liegt, daß der Süden wenig industrialisiert wird, daß fast sämtliche Rohstoffe (Bauxit, Uran, Erdgas) in den Norden geschafft werden, daß Okzitanien der Tourismus aufgezwungen wird, ohne daß für die Bewohner Arbeitsplätze geschaffen werden.

Gegen diese Unterdrückung wehren sich viele Okzitanier, am stärksten und längsten die Winzer.

Zwei von ihnen haben wir bei einer Veranstaltung über Okzitanien in Frankreich kennengelernt.

Sie haben uns einiges über ihre Probleme erzählt.

Die Großhändler nutzen die schlechten finanzielle Situation vieler Winzer aus und kaufen den Wein schon von der Rebe. Dieser Wein wird entweder mit billigem, schlechtem Wein vermischt oder mit Weinsäure, Zucker und Wasser vervielfacht.

Durch eine Lücke in der EG-Marktordnung kann dieser Wein als guter Tafelwein auf den Markt gelangen. Diese miesen Weine sind billiger als ungepanschte und stellen daher eine große Konkurrenz dar. Einige der okzitanischen Winzer haben aus Protest 80.000 l dieser Chemieflüssigkeit, die in dem Keller des größten Weinhändlers von Lyon gelagert waren, auslaufen lassen. Der okzitanische Wein wird fast ausschließlich in kleinen Familienbetrieben hergestellt. Preiserhöhungen der Betriebsmittel (Dünger, Maschinen usw.) wirken sich sehr stark auf die Gewinnspanne aus: Viele Winzerfamilien müssen von 400 - 500 DM monatlich leben. Eine schlechte Ernte bringt sie schnell an den Rand des Ruins.

Immer mehr Okzitanier sehen, warum es ihnen so schlecht geht und schließen sich der Autonomiebewegung an.

Wir finden diesen Kampf richtig und wollen durch den Direktverkauf des Weines die Okzitanier unterstüzen.

Der Preis pro Flasche liegt zwischen 3,50 und 4,70 DM und setzt sich aus Herstellungs- und Transportkosten, sowie Mehrwertsteuer zusammen.
Ruft uns an, wenn ihr Interesse habt, welchen zu kaufen.
Telefon: 850 98 20

Tanja und Hanne

Winzer aus Okzitanien beim Direktverkauf ihres Weins. Wein aus dieser Region gibt es jetzt auch in Hamburg – ungepanscht und unter Umgehung des Zwischenhandels.

HEW erhöht Dividende

Millionenverluste, so war von Vertretern der HEW und der NWK zu hören, seien durch den Baustop in Brokdorf entstanden. Strompreiserhöhungen seien deshalb unumgänglich. Ein Ruin der HEW muß aber anscheinend nicht befürchtet werden. Wie Mitte Mai bekannt wurde, will die HEW der Hauptversammlung am 7. Juli eine Dividendenerhöhung vorschlagen. Aus dem Bilanzgewinn von 54 Mill. DM wurde eine Dividende von 13 % sowie zusätzlich ein Prozent Bonus angekündigt.

IG-Metall-Jugend gegen AKWs

Der Bundesjugendausschuß beim Vorstand der IG Metall hat sich gegen den weiteren Bau von Atomkraftwerken ausgesprochen. Er stellte sich damit in Gegensatz zum IG-Metall-Beirat und zum DGB-Bundesausschuß, die für den zügigen Weiterbau der begonnenen AKWs eingetreten sind. Schon zuvor hatte auch die Bundesjugendkonferenz der IG Druck und Papier einen vorläufigen Baustopp für alle in der Planung oder im Bau befindlichen AKWs gefordert.

Busfahrer – eine kriminelle Vereinigung?

Gegenwärtig laufen Ermittlungen gegen Busfahrer, die am 19. März Demonstranten zur Großkundgebung nach Grohnde gefahren haben, und zwar wegen Überschreitung der höchstzulässigen Fahrzeit. Damit soll offensichtlich erreicht werden, daß Demonstranten zukünftig keine Busse mehr bekommen und zu Fuß nach Brokdorf oder anderswo laufen müssen. Wer Kontakt zu betroffenen Busfahrer hat, möge sich an die BUU wenden (z. B. an den Ermittlungsausschuß, Tel.: 40 27 82) damit sie in jeder möglichen Weise unterstützt werden können.

Aus dem Inhalt:

Grosse Freiheit intern 2
Mitfahrerzentrale 2
Walpurgisnacht, Frauenhaus 4/2
Schülerstreiks 4/5
Hochzeit im Knast 8
Jugendinitiativen 9
Anti-Atom-Bewegung 10/11
Ohrfeige mit Folgen 3
Zahpasta ist Gift 3
Altenwerder-Reportage 6/7

grosse freiheit intern

es macht wieder spass

Die Arbeit an der „Grossen Freiheit" macht endlich wieder Spaß. Wochenlange Auseinandersetzungen haben schließlich dazu geführt, daß 5 Leute aus der Redaktion rausgegangen sind. Dies ist ein Versuch, etwas aus unserer Sicht zu dem Konflikt zu sagen.

Unterschiedliche politische Auffassungen sind vor allem in der Diskussion einzelner Artikel sichtbar gemacht worden. Ein Beispiel: Vor allem nach den Schüssen auf Buback wurde in den Medien („Report") eine Kampagne gegen das Kommunikationszentrum am Fischmarkt eingeleitet. Die Stadtteilgruppe St. Pauli-Fischmarkt hat daraufhin einen Artikel geschrieben, in dem den Verzerrungen von „Report" eine eigene Darstellung ihrer Arbeit entgegengesetzt wurde.

Einige aus der anderen Fraktion waren der Ansicht, dieser Artikel würde Leser abschrecken und sei für die breite Bevölkerung uninteressant.

Wir haben den Artikel abgedruckt, weil wir gerade hier Aufgaben einer Alternativzeitung sehen: ein (wenn auch kleines) Gegengewicht zu den Verleumdungen und Unwahrheiten der Machthaber zu schaffen.

Würden wir solche Inhalte unterschlagen, weil vielleicht Leser verschreckt werden, müßten wir auch unsere eigenen politischen Vorstellungen aus der Zeitung heraushalten. Das wollen wir nicht.

Ähnliche Differenzen traten auch bei Artikeln zur Anti-AKW-Bewegung auf. Wir wollen mit der Zeitung auch selbst Stellung nehmen, Widersprüche aufzeigen (wie z. B. in dieser Nr. mit dem Artikel über die BUU). Die anderen wiederum befürchten, daß die „Grosse Freiheit" dadurch zu einem Propaganda-Instrument der Hamburger „Spontis" wird.

In einer Gruppe von mehr als einem Dutzend Leuten gibt es immer unterschiedliche Ansichten. Wenn wir trotzdem meinen, daß die Trennung ein notwendiger Schritt gewesen ist, dann liegt das an persönlichen Auseinandersetzungen, die das Arbeitsklima in der Redaktion monatelang vergiftet hatten.

Diejenigen, die aus der Gruppe rausgegangen sind, haben in den letzten Monaten viel für die Zeitung getan. Obwohl in der Minderheit haben einige von ihnen dadurch Machtpositionen erlangt, die sie ausgenutzt haben, um Entscheidungen durchzusetzen. So kam es, daß teilweise Artikel ohne Wissen der Verfasser verändert wurden, daß falsche Zahlen über Druckkosten verbreitet wurden, um Auflagenerhöhungen durchzusetzen usw.

Es entstand die absurde Situation, daß in einer Zeitung, die dazu beitragen will, bestehende Verhältnisse und Verkehrsformen zu verändern, Machtpolitik, Mißtrauen, Taktiererei, u.ä. vorherrschend wurden. Vor zwei Wochen kam es dann zum Bruch und schließlich zum Auszug der Minderheit.

Daß wir nach dem alten Konzept der „Grossen Freiheit" weitermachen wollen, soll hier nicht weiter ausgeführt werden. Die vorliegende Nr. spricht, so denken wir, für sich.

Zeitungsinitiative ‚Grosse Freiheit'

wir sind endlich raus

Von Lesern und Mitarbeitern bisher fast unbemerkt, hat es in der Zeitungsinitiative „Grosse Freiheit" eine Spaltung gegeben: Seit Anfang Mai arbeiten wir an dem Projekt nicht mehr mit – Folge einer Kette einander bedingender politischer und persönlicher Konflikte. Ursachen und Verlauf der Auseinandersetzungen werden von einem Teil der Gruppe „Grosse Freiheit" sehr viel anders verstanden als von uns. Deshalb nehmen wir an dieser Stelle selbst Stellung zum Konflikt und fordern zur Diskussion darüber auf.

Unterschiedliche Vorstellungen über ein Projekt „Stadtzeitung" lagen von Anfang an vor. Einige wollten eine mehr „volksnahe" Zeitung, ein Blatt mit der Orientierung auf Veröffentlichung und Diskussion alltäglicher Erfahrungen auch ausserhalb linker Zusammenhänge. Andere sahen die entscheidende Funktion in der politischen Stellungnahme der Redaktion, z.B. in Kommentaren, in Berichten aus der linken „Szene". Wieder andere vertraten eine Konzeption, in der eigene Vorstellungen und Praxisbeiträge in gleicher Weise veröffentlicht werden sollten wie Berichte von und aus anderen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Die Einigung, beide Richtungen zu verbinden, blieb auch in ihrer öffentlichen Darstellung ein unbefriedigender Kompromiss. Notwendige Klärungen wurden um der lieben Einheit willen unterlassen. Und das hatte Folgen:

Kontaktaufnahmen zu Initiativen und Gruppen unterblieben; geregelte Redaktionsarbeit gab es nicht. Die technische Seite blieb an wenigen hängen. Unsere Vorschläge für Änderungen wurden zurückgewiesen: Die die Zeitung ein „Alternativ-Projekt" sei, müsse man eine organisatorische Weiterentwicklung, die „Professionalisierung", ausschliessen.

Schwierigkeiten häuften sich: Verbindlichkeiten wurden nicht eingehalten; einige hatten kaum Zeit; die Organisierung der jeweiligen Ausgabe erschien gefährdet; Diskussionen im Redaktionsplenum auch zu Artikeln blieben oft folgenlos. Einige von uns wurden zu „Machern" und trafen Entscheidungen: Einzelne Punkte in Artikeln der Redaktion wurden geändert, und wir versuchten, eine klare Gestaltung der Zeitung zu entwickeln. Um die Verfestigung solcher Strukturen, die dem Anspruch der Zeitung widersprachen, zu verhindern, brachten wir wiederholt konkrete Vorschläge ein:

– Notwendigkeit des verbindlichen Einsatzes von Verantwortlichen für verschiedene Arbeitsbereiche unter Einbezug
– Notwendigkeit des verbindlichen Einsatzes von Verantwortlichen für verschiedene Arbeitsbereiche unter Einbezug neuer Leute, da die eigenen Kräfte nicht ausreichend erscheinen.
– Kritik an der Behandlung und Vermittlung politischer Ausserungen vor allem zu Brokdorf und zu Stellungnahmen der Fischmarkt-Gruppe: Wir gingen davon aus, daß sich die Zeitung über linke Strukturen hinaus orientieren soll. Gerade bei aktuellen Themen macht dieser Ansatz eine grundlegende Beschäftigung mit Vermittlungsformen, Darstellung von Zusammenhängen und anderen Problemen journalistischer Arbeit notwendig. Diese Problematisierung wurde mit der Unterstellung abgelehnt, wir wollten derartige politische Stellungnahmen „unterschlagen".
– Koordinierte Bemühungen um Berichte und Basisaktivitäten, um eigene Reportagen und Recherchen aus dem „Alltag", was von uns für Nr. 1 und 2 teilweise geleistet worden war.
– Änderungen der Vertriebsstruktur, die es – Ausdruck der gesamten Bedingungen der Zeitungsgruppe – nicht zuließ, das Blatt über die einschlägigen Möglichkeiten hinaus zu verbreiten.

Wieder ließen wir unsjedoch auf die praktische Arbeit zurückdrängen: Nr. 3 wurde überwiegend von den gleichen „Machern" durchgezogen, während die eigentlich Verantwortlichen z.B. durch Abwesenheit auffielen. Unmittelbar nach Erscheinen der Nr. 3 wurden dann „Lösungen" diskutiert: In Abwesenheit der hauptsächlich kritisierten „Macher" wurden „Ausschlussanträge" formuliert. Unser erneutes Bemühen um eine Problematisierung der gesamten Zeigungsarbeit war erfolglos: Die Spaltung war von der „Mehrheits"-Fraktion vorgegeben, die Diskussion entsprechend gestaltet. Wir mußten erfahren: Wir können unsere Vorstellungen und unsere Praxis nicht in einer Gruppe einbringen, die nicht in der Lage ist, ihre Fehler, Arbeitsbedingungen und eigenen Schwierigkeiten zu problematisieren.

WIE SOLL ES WEITERGEHEN?

Wir halten es für politisch nicht richtig, an einer Zeitung weiterzuarbeiten, die sich – wie in der „Mehrheits"-Fraktion geäußert wurde – als „politischer Machtfaktor im Verhältnis zu linken Organisationen entwickelt bzw. begreift" – geäußert wurde – als „politischer Machtfaktor im Verhältnis zu linken Organisationen entwickelt bzw. begreift. Diese Konzeption und Praxis birgt die Gefahr, wie die Blätter der traditionellen Linken zu einem Agiations- und Propagandainstrument einer Richtung zu verkommen. Zeitung zu machen, bedeutet für uns weiterhin, gerade eine Lokalzeitung als Kommunikations-Instrument zu gebrauchen.

Erfahrungen mit diesem Gesellschaftssystem werden weithin außerhalb „grosser" Ereignisse (wie z.B. Brokdorf) gemacht. Politisch oft widersprüchlich und nicht als „links"einzuordnende Aktivitäten, finden sicher auch wegen dieser Möglichkeit der Veröffentlichung in den Medien der Linken. Die bürgerliche Presse greift den „Alltag" manchmal auf: verzerrt, aus gesellschaftlichen Zusammenhängen herausgerissen, am Besten zu verkaufen als Einzelschicksal. Aufgabe einer neuen Stadtzeitung soll es weniger sein, zu vorhandenen politischen Organisationen und Gruppen in Beziehung zu treten sondern vielmehr zu dem uns umgebenden „Alltag". Dazu gehört nicht nur dessen Widerspiegelung sondern die Vermittlung praktischer, nachvollziehbarer Erfahrungen aus dem Kampf gegen die bestehenden Verhältnisse.

Die Zeitung muß Gebrauchswert für den Leser haben. Sie soll in erster Linie lokale Themen und Ereignisse aufgreifen, verbunden mit Tips, praktischen Hinweisen, Veranstaltungskalender usw. Sie muß ihre Erscheinungsweise auch an notwendiger Aktualität orientieren, d.h. zumindest vierzehn tägig herauskommen. Direkt- und Handverkauf sind durch Kioskverkauf zu ergänzen. Die Zeitung muß eine zwischen Bildern und Texten ausgewogene Gestaltung entwickeln. Die Zeitung soll Spaß machen, beim Lesen. bei der Diskussion, bei der Mitarbeit – für die Leser und für uns.

Wir haben allerdings keine politischen Bedingungen in Hamburg, die die Behauptung rechtfertigen würden, hier könne eine Stadtzeitung „von unten" gemacht werden. Gerade deshalb müssen wir als Redaktions-Initiative nach innen und außen Strukturen schaffen, die das Konzept offenhalten und so eine Zeitung planen, die zur Mitarbeit herausfordert.

Wir ahnen, daß die „Grosse Freiheit" – welch Ironie des Schicksals – einiges von dem, was wir vergeblich einbrachten, nun zumindest organisatorisch anders machen wird. Wir wissen, daß es anderswo konkrete Pläne für eine neue Sonntagszeitung in Hamburg gibt. Wir wissen auch, daß es andere Medien gibt (z.B. Video), mit denen versucht wird, in die Verhältnisse verändert einzugreifen. Und wir meinen daß unser oben umrissenes Konzept unvollständig ist.

Wer noch bessere Ideen hat, wer an Konzept und in der Produktion mitarbeiten will, kann sich mit uns mal treffen:

Unsere Arbeitsräume sind weiterhin in der Glashüttenstraße 1. Dort sind wir ab 14. Juni persönlich oder telefonisch (438 636) dienstags und donnerstags von 18 bis 19 Uhr zu erreichen. Oder ihr könnt Kontakt über den Buchladen „Hälfte des Himmels" mit uns aufnehmen: Schlüterstraße 79, Tel. 410 42 62.

Alfred Annie Günter Sabine Samy

Mitfahrzentrale

zum Mitmachen.

Da der Frühling jetzt doch langsam angelaufen ist, und auch die Reiselust einen so echt durchkribbelt, haben wir angefangen, eine Mitfahrerzentrale zu organisieren. Das mit den Zetteln an der Uni oder dem Mittahrerkasten bei uns im Büro klappt doch nie so sicher.

Wir haben uns das so gedacht: Unser Telefon im Schwarzmarkt-Büro ist sowieso immer von 12-18 Uhr (Mo.-Sa.) besetzt. Da nehmen wir deinen Wunsch/dein Angebot entgegen in unsere Kartei. Am besten immer eine Woche vorher Bescheid sagen, bzw. so früh wie möglich.

Du rufst wieder an, ob wir was Passendes haben; wenn ja,könnt ihr euch hier im Laden zur Abfahrt treffen. Für die Bearbeitung und die Unkosten erheben wir (nur bei Erfolg) eine Gebühr von 2 Mark.

Wenn nicht anders abgemacht, teilen sich Fahrer/in und Mitfahrer/in die Benzinkosten. Selbstverständlich für Fahrer/in und Mitfahrer/in muß sein, daß jeder rechtzeitig Bescheid sagt, falls er/sie etwas anderes gefunden hat.

Es gibt übrigens keine Bedenken mehr in fremden Autos nicht mitversichert zu sein: die Haftpflichtversicherungen haben ihren Versicherungsschutz so erweitert, daß jeder Beifahrer mitversichert ist!

Wir haben für Euch auch ein kleines Angebot an Lektüre über größere Auslandsreisen; das „Tramper–Info", „alternative" Adressen, Stadtbuch für München, Hamburg, Amsterdam und Reiselektüre in der Abteilung für Schöngeistiges. Aber auch noch andere Bücher und eine Menge Zeitschriften aus ganz Deutschland, einige aus England und Amerika.

Ein Raum in unserem Info-Zentrum steht als Leseecke zur Verfügung, zum Tee- oder Kaffee-Trinken. Ihr könnt im Archiv wühlen, wir sammeln alle wichtigen Zeitschriften und Infos (auch verschiedene Stadtzeitungen).

Neu ist unser Antiquariat: interessante politische Literatur für weniger als den halben Neupreis! Wir fordern alle Bücherbordbesitzer auf, mal wieder richtig aufzuräumen und die Schwarten, die sowieso nie mehr gelesen werden, uns zu bringen. Ihr bekommt 20 % des Neupreises (eventuell auch mehr) dafür; und andere kommen auch noch in den Genuß.

In den vorderen Räumen ist das Info-Büro untergebracht. Über freie Plätze in Wohngemeinschaften bzw. freie Wohnungen kann man sich in Karteien informieren (jedenfalls solange auch mal jemand Adressen und Tips vorbeibringt); weiter An- und Verkäufe jeder Art, Jobs, Kontaktadressen von politischen Arbeitsgruppen, Stadt- und Landkommunen, Werkstätten.

Aktuelle Flugblätter werden ausgehängt und ausgelegt; ebenso Veranstaltungsprogramme und -termine (dies ist auch als Aufforderung an alle Gruppen zu verstehen, die Veranstaltungen etc. durchführen, uns dies mitzuteilen: sonst können wir nichts vermitteln).

Also: wir bieten Raum und Gelegenheit zum weitersagen, vermitteln, aber die Informationen müssen von Euch kommen.

Schwarzmarkt-Infozentrum
Bundesstraße 9
2 Hamburg 13
Tel.: 410 42 28

UNI-KLAUSE

HAMBURG 13 · GRINDELHOF 33 · TELEFON 44 77 95

FASSBIERE		
Holsten-Edel	0,2 l	1,--
Holsten-Edel	0,4 l	1,80
Holsten-Pilsener	0,2 l	1,10
Holsten-Pilsener	0,4 l	2,--
Stern-Alt	0,2 l	1,--
Stern-Alt	0,4 l	1,90
Alsterwasser	0,4 l	2,--

FLASCHENBIERE	
Holsten-Export	1,70
Holsten-Diät-Pils	1,80
Holsten-Pilsene:	1,80

WEINE		
Mosel	0,2 l	2,20
Rhein-Hessen	0,2 l	2,40
Weißherbst	0,2 l	2,50

WARME SPEISEN	
Franz. Zwiebelsuppe	3,--
Mexik. Bohnensuppe	3,--
Mockturtlesuppe	3,--
Erbseneintopf mit 2 Bockwürsten	4,50
Grüne-Bohnen-Eintopf mit Rindfleisch	4,50
Schlemmerfilet mit Reis (Fisch)	4,--
Bockwurst mit Brot	2,--
Bockwurst mit Kartoffelsalat oder Pommes Frites	3,20
Curry-Wurst mit Brot	2,30
Curry-Wurst mit Kartoffelsalat oder Pommes Frites	3,50
3 Spiegeleier auf Toast	3,--
Toast Hawaii	3,50
Hamburger Toast	3,50
Croque Monsieur	4,50
Strammer Max	5,--

ARD und Radio PROGRAMM

Noch nicht sehr vollständig – eben ein Anfang. ZDF fehlt uns noch, Termine sind auch erst bis Mitte des Monats bekannt.

Samstag 4. 6.

20.30 III 10 Jahre danach. Der 2. Juni und die Folgen. Streigespräch mit Urs Jaeggi, Alexander Schwan, Ernst Topitsch, Uwe Wesel.
22.00 III Georg Herwegh. Dichter und Kämper in der 1848er Revolution.
12.59,30 NDR 1 Hamburger Zeitzeichen.
17.00 NDR 3 Hörspiel: Ich betone, daß ich nicht das geringste an der Regierung auszusetzen habe.

Sonntag 5.6.

16.30 NDR 1 Zum Beispiel: „Mit Prozessen überziehen . . ." über ein Verfahren gegen eine Bürgerinitiative.

Montag 6. 6.

21.45 ARD Frieden ist der Ernstfall – Ein NATO-Planspiel. Eine fiktive Fernsehsondersendung über die Aufgaben der NATO bei einem möglichen ‚Ernstfall'. (der Film ist schon mal abgesetzt worden, weil man befürchtet, daß die Sendung für Ernst genommen wird).
22.50 ARD Diskussion (dazu u. a. mit Leber und Graf Baudissin!)
16.20 ARD Schaukelstuhl. Eine Sendung für Senioren. Probleme beim Einzug ins Altersheim.

Dienstag 7. 6.

16.20 ARD Energie – Phantasie und Information. Wahrscheinlich nicht contra AKW, will aber über verschiedene Energieformen berichten.
17.05 ARD Tom und die Themse (3). Ein Spielfilm für Kinder.
20.15 ARD Paul Anka in Concert – Aufzeichnung aus dem CCH vom Jan. 77.
19.30 III Der Betriebsrat (10)
21.15 NDR 1 Amerikanischer Liederfrühling: Pete Seeger.

Mittwoch 8. 6.

17.05 ARD Krempoli – Ein Platz für wilde Kinder. Zum ersten Mal tauchen persönliche Besitzansprüche auf . . .
20.15 ARD Sorgen für morgen: der gespeicherte Bürger. Strikter Datenschutz wird immer dringlicher.
22.00 ARD Alltag in Leicester. Farbige in Großbritanien.
18.45 III Theater spielen. Mieter eines Hamburger Hochhauses stellen ein Stück auf die Beine.
20.15 III Zwei Banditen (Butch Cassidy and the Sundance Kid). Amerikanischer Western 1969 mit Paul Newman und Robert Redford.

Donnerstag 9. 6.

16.20 ARD Zärtlichkeit im Alter. Gisela Marx besuchte 5 Liebes- und Ehepaare.
18.45 III Lehrlings-Theater
20.15 III Ringo und die Stadt am Ende des Regenbogens. Mit Ringo Starr und anderen aus Liverpool.
22.00 III Roger Whittacker in Concert.
15.00 NDR 3 Schulfunk: der Feldhase.

Freitag 10.6.

17.10 ARD Szene 77 – Emerson, Lake & Palmer, Kinks, Emmy Lou Harris, Slick.
21.45 III 5 Freunde und das große Los (La Belle Equipe). Franz. Spielfilm 1936 mit Jean Gabin. (Damals schon Alternativ-freaks?)
19.30 NDR 1 Mit Bombarde und Banjo. Alte und neue Lieder aus der Bretagne.
20.15 NDR 3 Die Hautfarbe darf keine Rolle mehr spielen. Vom Kampf gegen die Apartheid in Südafrika.

Samstag 11.6.

17.00 NDR 3 Hörspiel: die Testpuppenfamielie.

Sonntag 12. 6.

21.00 ARD Endstation Sehnsucht
20.15 NDR 1 Abendstudio mit jungen Hörern. Beiträge zum Thema Jugendkriminalität.
22.05 NDR 2 Fussball-Länderspiel Brasilien-BRD in Rio, 2. Halbzeit.

Freitag 24.6.

19.30 III Rattenfänger. Die neuen Jugendsekten und ihre Opfer.

Samstag 25. 6.

15.00 NDR 3 Wieder in Freiheit, die Schulden im Nacken. Hilfsfonds für Haftentlassene.

Sonntag 26. 6.

9.10 NDR 2 Wann bin ich an der Reihe? Arbeitslosigkeit und Solidarität.

Montag 4. 7.

21.45 ARD Befreiungskampf der Balkanvölker – Aus der Reihe „Spuren".

Dienstag 5. 7.

20.15 ARD Bob Dylan Special: Hard Rain – Aufzeichnungen eines open-air-Konzerts im September 76.

KURZMELDUNGEN!

Zivildienst verweigern

In Köln gibt es eine Koordinationsadresse für alle, die auch den Zivildienst verweigern. c/o Dieter Schöffmann, Zülpicherstr. 234, 5000 Köln 41, Telefon: 0221/421 996.

Antimilitarismus

Für alle, die gegen den Militarismus arbeiten, bringt die „antimilitarismus information" jeden Monat aktuelle Meldungen, Rechtshinweise und theoretische Beiträge. Jedes 4. Heft ist ein Doppelheft mit einem Thema. Einzelheft 1,30 DM, Doppelheft 2,6o DM. Jahresabo 19,50 DM; für Gruppen Rabatt. Kostenloses Probeexemplar bei Brigitta Gründling, Nördliche Auffahrtsallee 20, 8000 München 19 anfordern!

Straßenmusik

Gemeinsam sind wir lautstark! Strassenmusiker und andere Straßenaktivisten sind aktiv.

Die nächsten Straßenmusikerfeste zur allgemeinen Freude damit Straßenmusik bald überall erlaubt und nicht mehr von der Polizei verfolgt wird sind in
Kiel 3. - 5. Juni 77 (Fußgängerzone)
Dortmund 24. - 26. Juni 77 (Unterdorfeld). Die Dortmunder schreiben, daß das eine ‚geballte' Aktion werden soll mit großer Beteiligung. Kontakt: Aktionsgemeinschaft Straßenmusik, c/o Günter Faust, Wörthstr. 63, 4600 Dortmund 1.

In Vlotho gibt's am 1. - 3. Juli ein Festival mit alternativen Aktivisten. „Umsonst und draußen" – umsonst heißt ohne Eintritt, aber jeder nach seinen Möglichkeiten und Einsichten.

Außerdem gibt's jetzt 'ne Zeitung für Asphaltaktivisten ‚Großstadtpflaster'. Thema Nr. 1 Straßenmusik – mit Berichten, Liedern, Photos . . . (2,– DM) über Peter Bluhm, Schaßstr. 25, 2300 Kiel.

Tvind Schulen / Kollektives Leben

Die Gruppe ‚neue Kultur' als Teil der ‚Hundert-Blumen-Initiative gibt zwei selbstverlegte Broschüren neu überarbeitet heraus:
– „Laßt hundert Blumen blühen", Entwurf einer emanzipatorischen Praxis kollektiven Lebens – Berichte über die Gruppe und ihre Erfahrungen mit verschiedenen Kollektiven Lebens- und Arbeitsprojekten. (3,50 DM)
– „Tvind Schulen in Dänemark", ein Überblick über Werdegang und momentane Situation mit Kursplänen, Unterrichtskonzepten, was zur Windmühle, Ergen, der von Leuten ausgewertet wird, die an Umsetzungsmöglichkeiten des dänian Umsetzungsmöglichkeiten des dänischen Modells auf die BRD arbeiten. (4,50 DM). Zu beziehen über: Detlef Gerlach, c/o Internationalismus Buchladen, Königsworther Straße 19, 3000 Hannover.

L. H. V. beschließt Mitarbeit im Unterstützungskomitee Roth / Otto

Der Bundesvorstand des liberalen Hochschulverbandes hat am 2. Mai einstimmig beschlossen, dem Unterstützungskomitee Roth/Otto beizutreten. Roth/Otto stehen gegenwärtig in Köln vor Gericht.

Sie sind des gemeinschaftlichen vollendeten und des versuchten Mordes angeklagt, obwohl sie nachweislich nicht geschossen haben. (vergl. die Berichte grosse Freiheit 1 und 3). In seiner Erklärung forderte der L. H. V. die Aussetzung der Kölner Prozesse und die Aufhebung des Haftbefehls gegen Karl Heinz Roth.

„NDR – ‚Anarchistensender Nord' "

Zu diesem Beitrag in der letzten Nummer ist anzumerken, daß es sich nicht um einen Artikel speziell für die ‚grosse freiheit' gehandelt hat, sondern um einen Text, den Winfried Thomsen als Mitglied des NDR Redakteursausschusses bei einer Pressekonferenz eben dieses Ausschusses am 18. 4. 1977 vorgetragen hat.

Demonstration holländischer Soldaten. Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautete, hatte sich auch Schorsch Leber – unauffällig getarnt – unter die Demonstranten gemischt. Wer findet ihn?

„ANSTECKUNGSGEFAHR"

Demonstration holländischer Soldaten in Hamburg

Von der Hamburger Presse unbeachtet, demonstrierten am 30. April etwa 800 holländische Soldaten durch die Hamburger Innenstadt. Aus drei Standorten der Bundesrepublik (Langmanshof, Hohne und Wehdorf) waren sie zusammengekommen. Ihre Forderungen:

– **Gleiche Freizeit wie die in den Niederlande stationierten Soldaten!**

Dort haben die Wehrpflichtigen 100 freie Tage im Jahr. In der BRD sind es nur 78 Tage, die zudem noch durch den weiten Weg nach Hause verkürzt werden.

– **Erhöhung der Auslandszulage auf 20 % des Grundsolds!**

Momentan beträgt die Zulage 15 % des Grundsolds von 800 Gulden brutto. Sie soll aber zunächst auf 10 %, dann auf 5 % gekürzt werden.

Die Demonstration wurde auch von deutschen Soldaten in Zivil unterstützt, was die Holländer begeistert begrüßten. Organisiert wurde die Demonstration von der VVDM, dem Verband dienstpflichtiger Soldaten.

Die VVDM ist eine Art Soldatengewerkschaft, die sich in den letzten Jahren mit zahllosen Aktionen, Boykottmaßnahmen, Unterschriftensammlungen und Demonstrationen u. a. für freie Meinungsäußerung, für Dienstzeitverkürzung, freie Haartracht, besseres Essen sowie gegen Schikanen aller Art eingesetzt hat.

Von den 4000 in der BRD stationierten niederländischen Soldaten sind 3000 Mitglieder in der VVDM.

Bei einer Versammlung in Anschluß an die Demonstration berichtete Tom Linders, Exekutivmitglied der VVDM, daß er vor wenigen Wochen bei der Einreise in die Bundesrepublik aus dem Zug gehold, und ihm mit der Begründung „Einfuhr kommunistischer Literatur" die Einreise verweigert worden war.

Daß Soldaten nicht nur gedrillte Roboter, sondern auch denkende Menschen sein können, die für ihre Interessen eintreten, versetzt manche Politiker offenbar in Panik. Der CDU-Abgeordnete Sauer hat bereits das Verbot der VVDM in der Bundesrepublik gefordert. Begründung: drohende „Ansteckungsgefahr".

Zahnpasta ist Gift

2 x täglich Zähneputzen . . .

Ja klar, Zähneputzen. Aber womit? Zahnpasta. Und woraus besteht die? Zunächst aus Putzmittel. Putzmittel im Mund? Schmeckt nicht. Deshalb gehören zum Putzmittel Aromastoffe und Süßstoff, meist Saccarin. Und weil wir vom Zähneputzen auch was sehen wollen, ist noch ordentlich Schaummittel in der Paste.

Je länger man putzt, je mehr Schaum. Da sieht man, was man Gutes für die Zähne tut. Aber Putzmittel, Aromastoffe und Schaummittel lassen sich nicht gut aus der Tube drücken, sehen nicht glänzend und cremig aus, dazu gibt es verschiedene Binde- und Feuchthaltemittel. Die verderben aber leicht, also kommt noch Konservierungsstoff in die fast fertige Paste. Und eine schöne Farbe kriegt die ganze Mischung auch noch, schließlich sollen auch die Augen was von dieser Pflicht haben.

Das ganze heißt dann Zahnpasta. Oft ist sie ‚Klinisch getestet'. Aber was drin ist, wie der Test ausging: davon erfahren wir nichts. Auch nicht wie die tollen roten Streifen in manche reinkommen. Nur daß, Zahnpasta schäumen, schmecken muß und sich zum Einschmieren von Türklinken gut eignet, ebenso zum Putzen von schwarz gewordenem Silber, daß wissen wir genau. Aber: was tut sie unserem Mund?? Welche Auswirkung haben z. B. die Konservierungsstoffe auf Zahnfleisch und Mundschleimhaut?

Durch die Zahnpasta wird der Mund- und Rachenraum gleich so total keimfrei gemacht, daß auch die normale Mundflora mitabgetötet wird, und das heißt, daß Krankheitserreger sich bestens ansiedeln können, weil die natürlichen Mundbakterien, die uns vor ihnen schützen, nicht mehr da sind. Und das soll gesund sein?

Und die Alternative?

Besser, billiger und gesünder werden die Gärungsprozesse im Mund durch Meersalz gestoppt. Meersalz wirkt zusammenziehend, ist deshalb gut gegen Zahngleischbluten und reinigend. Das fühlt man, wenn die Zunge über die blanken, nicht von Belägen stumpfen Zähne fährt.

Die Zahnbeläge, in denen die Gärungsvorgänge ablaufen, die später den Zahnschmelz angreifen und dann die Löcher machen, sind beseitigt und die Mundflora dabei erhalten geblieben. Meersalz ist gesünder als Kochsalz, weil unter anderem sehr viel Jod darin enthalten ist.

Viele würden das mit dem Meersalz ausprobieren, wenn nicht der Geschmack wäre. Salz im Mund! Mir kams vorm ersten Versuch auch etwas unangenehm vor. Ist es aber nicht. Es schmeckt frisch und angenehm, mir sogar besser als die meisten Aromastoffe der Zahncremes.

Wenn man sich gelegentlich mit der Innenseite einer ausgepreßten Zitrone (am besten ungespritzt) die Zähne und das Zahnfleisch abreibt, werden die Zähne weiß, (Zitrone bleicht ja auch dreckige Finger) und das Zahnfleisch gestärkt.

Mein Zahnarzt hat zur Meersalz-Methode gesagt, daß er eigentlich gar nicht für so Natursachen sei, aber etwas Besseres als Meersalz zum Zähneputzen gäbe es nicht.

Und wer auf sein Mundwasser vorm Rendevous nicht verzichten will, der sollte auf Salbei- oder Pfefferminztee als Gurgelmittel zurückgreifen. Salbeitee kräftigt das Zahnfleisch und wirkt fäulniswidrig, Pfefferminztee hilft ebenfalls kränkelndem Zahnfleisch und erfrischt.

Also dann: Zahnbürste anfeuchten, Meersalz draufstreuen – so lösen sich die Salzkristalle auf, Tip von meinem Zahnarzt – und jetzt tatsächlich 2 x täglich . . .

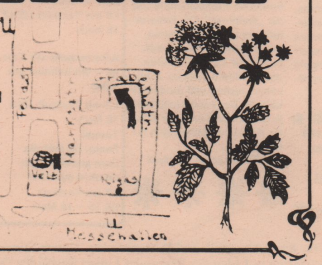
LIEBSTÖCKEL

ab 20 uhr . . .

kneipe im

karolinenviertel

Tel. 430 03 04



Backpfeife mit Folgen!

„Die Backpfeife war sehr schnell und im Moment nicht sehr angenehm." Empfangen hatte die „Backpfeife" ein Polizist. Vor zweieinhalb Jahren im Strafjustizgebäude.

Ausgeteilt worden war sie von Peggy Parnass, vielen bekannt als Gerichtsreporterin und langjährige Mitarbeiterin von „konkret".

Die Backpfeife hatte natürlich ihre Vorgeschichte.

Nach einem Prozess gegen einen Fahrpreis-Demonstranten war Peggy Parnass in den Keller des Strafjustizgebäudes gegangen, um dort beim Hausschlosser einen neuen Schlüssel für das Pressezimmer abzuholen. Dabei war sie an die falsche Tür geraten: „Ich schau da rein und was seh ich. Der ganze Raum brechend voll von Polizisten." Ein Polizist brüllt sie an: „Was suchen Sie hier? Raus!". Versuche, ihre Anwesenheit zu erklären schlagen fehl. Von „allen Seiten angebrüllt, gestoßen und gezerrt" wird sie zur Treppe gedrängt, von einem, zwei, dann drei Polizisten ergriffen. „An der Treppe wurde ich noch einmal geschubst": Peggy Parnass dreht sich um und schlägt einem Polizisten ins Gesicht.

Vor allem aber hatte die Backpfeife ein Nachspiel.

Ein Staatsorgan zu ohrpfeigen – das sollte nicht ungesühnt bleiben. Ein Verfahren wird eingeleitet: Von Körperverletzung, Beamtenbeleidigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt ist die Rede.

Das Gericht bestellte einen Psychologen Dr. Ehebald, als Gutachter. Der tat etwas Einleuchtendes, aber hierzulande völlig Ungewöhnliches: er begutachtete nicht nur die Angeklagte, sondern auch die drei beteiligten Polizisten und einen Staatsanwalt, der Zeuge der Szene geworden war. Dabei stellte sich heraus, daß Peggy Parnass den Beamten als Journalistin, die wiederholt kritisch über Aktivitäten von Polizei und Justiz berichtet hatte, keineswegs unbekannt war, besonders der Zeuge Ristow konnte sich an Peggy Parnass erinnern: er war in einer ihrer Reportagen schlecht davongekommen. Der Verdacht, daß die drei Polizisten die günstige Gelegenheit genutzt hatten, um sich an einer unliebsamen Berichterstatterin einmal richtig auszulassen, war nicht mehr von der Hand zu weisen.

Im Gerichtssaal herrschte eine andere Atmosphäre: ein verständnisvoller Richter, ein liebenswürdiger Staatsanwalt.

Peggy Parnass erzählt aus ihrer Geschichte, von den Erfahrungen, die sie schon in ihrer Kindheit als Jüdin machen mußte. Von ihrem Vater, der vor ihren Augen von den Nazis deportiert und zusammen mit ihrer Mutter in Ausschwitz ermordet wurde. Solche Erfahrungen beeinflussen das Verhältnis zu Uniformierten, zu Polizisten, zur ‚Staatsgewalt'. Aber Peggy möchte ihre Handlungsweise nicht aus diesen Erfahrungen erklären. Und in der Tat ist es eine verständliche und nachvollziehbare Reaktion, sich zu wehren, wenn man im Polizeigriff abgeführt, „angegrölt, geschubst, gezerrt, gedrängt und gestoßen" wird – auch ohne dabei die Erfahrungen

Peggy Parnass

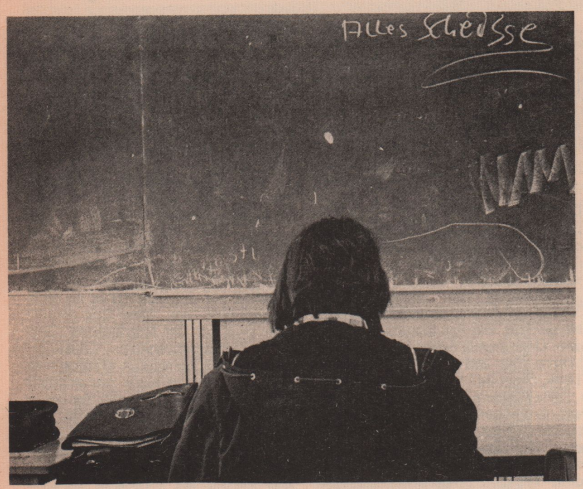
des Naziregimes vor Augen zu haben.

Das sah auch der Gutachter ähnlich: „ich kann nicht garantieren, daß ich nicht auch so gehandelt hätte".

Das Urteil lautet: Freispruch. Ein einmaliges Urteil? Hätte vor Gericht ein namenloser Lehrling, oder Student gestanden, ein unbekannter Linker, wäre der Prozeß dann genauso ausgegangen?

„Nur in diesem Fall", sagt Peggy Parnass, „hat dieser Prozeß einen Sinn gehabt".

SCHULSTREIK



Am 18. 5. 77 streikte die Fachschule für Sozialpädagogik in Altona. Aufgerufen zum Streik, hatte der ASTA der FSP und in einer Vollversammlung hatten sich über zwei drittel der Studierenden für einen Streik gegen das geplante Schulgesetz und zur Unterstützung des Streikes an der Uni ausgesprochen.

Von der Schwierigkeit als Schüler Solidarität zu üben!

Am Mittwoch den 18. 5. trafen sich die Studierenden der FSPII, oder besseer sie sollten sich treffen und zwar auf dem Hof. Gekommen waren aber von über achthundert Studierenden knappe fünf-und-siebzig, um sich aktiv an dem Streik zu beteiligen. Nach einem kurzen Redebeitrag wurde beraten wie man die Gruppe der Streikenden vergrößern könnte und was man weiter macht. Es wurde beschloßen, eine Demonstration durch andere Altonaer Schulen zu machen. Kurz bevor wir losgingen wurde bekannt, daß noch eine Klasse Unterricht macht und sich nicht am Streik beteiligt. Wir beschlossen alle, die Klasse einmal zu fragen, warum sie sich an dem Streik nicht beteiligt. Wir gingen also in die Klasse, die gerade dabei war, eine Rechtslehre-Klausur zu schreiben. Nach einigem hin und her wurde uns gesagt, die Klasse würde sich nicht an dem Streik beteiligen, weil sie überhaupt keine Ahnung hätte worum es eigentlich geht (noch nie vom Schulgesetzentwurf gehört), und außerdem würden sie sich nicht vor unseren „linksradikalen" Karren spannen lassen.

Von Schule zu Schule

Wir habens dann aufgegeben und haben uns zu einer Demonstration zusammengeschlossen und sind losmaschiert. Unser erstes Ziel war die Schule VR Max-Brauer-Allee. Dort hatte der Direktor schon vorsorglich die Türen schließen lassen. Vielen Schülern gelang es aber trotzdem, sich uns anzuschließen, so daß wir auf dem Schulhof in der Daimlerstr. schon weit über Hundert Demonstranten waren. Wir maschierten durch das Schulgebäude und holten die Schüler zur Demo ab. Auf dem Weg zur Berufs- und Gewerbeschule Museumsstr. trafen wir dann auch unsere Freunde von der Polizei, die uns begleiteten, damit uns ja nichts passiert. Als wir die Museumsstr. wieder verließen, war der Demonstrationszug schon auf drei- bis vierhundert Teilnehmer angewachsen. Wir beendeten die Demonstration mit einer Kundgebung in der Chemnitzstr. auf dem Schulhof. Dabei stellte sich heraus, daß alle Schüler der Schule Daimelerstr., die sich an der Demonstration beteiligt haben einen Verweis der Schulleitung erhalten hatten. So wurde versucht, von seiten der Schulleitung die Schüler einzuschüchtern. Wir schlossen die Kundgebung mit dem Hinweis auf die Demonstration um 16 Uhr am Schlump.

Als sich die Demonstration auflöste, griffen sich die Polizisten einen Schüler und eine Schülerin, nahmen ihre Personalien auf, und versuchten, sie so zu „Rädelsführern" und „Anstiftern" zu machen.

Wer reden will, bekommt eins über die Rübe

Um 15.30 Uhr waren schon viele Demonstranten am Schlump versammelt.

Der Verfassungsschutz war auch sehr früh da und probierte seine Fotoausrüstung an uns aus. Gegen 16.30 maschierten wir dann endlich los. Fünftausend bis Sechstausend Leute zogen Richtung Dammtor, wo wir uns der großen Demonstration der Studenten anschlossen. Als wir an den Sperren, die die Polizei errichtet hatten vorbei zogen, hörte man in Sprechchören: „Was macht ein guter Bulle? MMuuuhhh!!!"

Nachdem wir zweimal um den Hauptbahnhof marschiert waren, zogen alle zur Kundgebung auf den Gerhardt Hauptmann Platz. Hier kam es zu Zusammenstößen mit den DKP'-Ordnern'. Viele Schüler, die ihre Schulen bestreikt hatten und sich der Schülerkammer mit ihrer Forderung ‚nur zu demonstrieren und nicht zu streiken!' nicht gebeugt hatten, fühlten sich durch die Schülerkammer nicht vertreten und forderten auf der Kundgebung ein eigenes Rederecht. Noch auf der Demonstration wurde ihnen ein eigenes Rederecht eingeräumt.

Als wir dann auf der Kundgebung unser Rederecht forderten, begannen die ‚Ordner' ein wüstes Handgemenge und versuchten, uns die Megaphone zu klauen. Als ihnen das nicht glückte, versuchten sie es mit einer Schlägerei, wobei sie Transparentlatten in zwei handliche Knüppel brachten und den Leuten damit auf die Köpfe droschen. Während wir gegenseitig uns eins in die Fresse schlugen und vorn die Lautsprecher abgebaut wurden, lachten sich die Bullen über unsere Schlägereien halb tot. Nachdem wir merkten, daß wir sowieso kein Rederecht bekommen würden, machten wir eine eigene Kundgebung auf der aus jeder Schuler ein Vertreter sprach.

Ich meine, das Verhalten der DKP Vertreter und ihr nahestehenden Organisationen spricht für sich. Wer Ihre Politik nicht vertritt und wer sich nicht ihr unterordnet, bekommt eins in die Fresse und zwar feste. Ich glaube, so etwas gab es doch schon einmal in Deutschland.

Einer der mitgestreikt hat.

10 Jahre TRIKONT Verlag Schallplatten Unsere Stimme

MÄNNERWIRTSCHAFT oder die Schwierigkeiten mit der Emanzipation in der Praxis.

Wie sieht es aus, wenn Männer die Hausarbeit übernehmen? Ist der ‚Hausmann' überhaupt eine realistische Möglichkeit in unserer Gesellschaft? Gibt es Halbtagsberufe für Männer, können sie mit starker häuslicher Belastung überhaupt am Arbeitsplatz konkurrieren? Welche Probleme treten auf, wenn alleinstehende Männer Kinder haben, gar noch Töchter? Wie sieht das Nichtehelichenrecht aus?

ca. 120 Seiten ca. 10 Mark

Staatsfeind, der ich bin
Ein Lesebuch zur politischen Justiz von 1914 bis heute — mit Texten und Beiträgen von Betroffenen

In den hier zusammengefaßten Beiträgen und Texten schildern unmittelbar Betroffene ihre Auseinandersetzung mit einer Politischen Justiz, die in Deutschland eine lange Geschichte hat. Weimarer Zeit, Faschismus, Nachkriegsjahre bis heute: die Repression gegen Sozialisten, Demokraten, Andersdenkende hat Kontinuität.

Texte von: Ernst Toller, Max Hoelz, Rosa Luxemburg, Heinz Brandt, Luise Rinser, Elfriede Kautz, Hans Christian Ströbele und Peter Paul Zahl.
Grafiken und Collagen von: George Grosz, John Heartfield, Jürgen Holfreter u.a.
ca. 180 Seiten ca. 15 Mark

Sharon R. Curtin, Niemand stirbt am Alter

Dieses Buch — sowohl belletristisch als auch soziologisch — zeigt auf, wie alte Menschen mit den Problemen des Alterns, der Isolation und der Verunsicherung leben. S. Curtin hält einen zornigen Aufstand für möglich, der die brutalen Schranken zerbricht, die alte Menschen außerhalb unserer Gesellschaft stellen.

142 Seiten 12 Mark

David Dickson, Alternative Technologie und Strategien der technischen Veränderung

Bis heute haben die technischen Fähigkeiten der Menschheit keine effektiven Lösungen für die dringendsten Probleme der Welt gefunden. Die hemmungslose Vernichtung der natürlichen Umwelt und die radikale Ausbeutung der Vorräte an Rohstoffen begründen die Notwendigkeit einer alternativen Technologie.
Die Möglichkeiten, die Dickson aufzeigt, reichen von der Nutzung der Sonnenenergie zur Beheizung von Häusern bis zu neuen Formen der organischen Landwirtschaft.
ca. 250 Seiten ca. 20 Mark

BOB MARLEY und die Musik der Rastas

Reggae, die populäre Musik der Karibik seit den 60er Jahren, ist das Sprachrohr der unterprivilegierten farbigen Jamaicaner geworden. Sie wird inzwischen auch bei uns kapitalintensiv vermarktet. Bob Marley, der bekannteste Interpret, ist zu einer weltweiten Kultfigur geworden, in dem einige weiße Journalisten so etwas wie den braunen Bob Dylan sehen möchten und aus dessen Liedmaterial sich bereits etliche Popstars verwertungshalber ein paar Hits gepickt haben.

ca. 80 Seiten ca. 7 Mark

* * * * * * * *

Arno Münster ARGENTINIEN — Guerilla und Konterrevolution.

Argentinien steht nicht nur an der Spitze der noch unterentwickelten Länder, sondern schlägt auch alle Rekorde der sich entfaltenden Gewalt. Mehr als 1000 Personen, alle Sympathisanten oder Angehörige progressiver Organisationen, wurden seit der Machtübernahme durch die Militärjunta (am 24.3.1976) ermordet. Über 20.000 politische Gefangene schmachten in den Gefängnissen und KZs des Militärregimes.
Dieses Regime versucht vergeblich die solide in den Massen verankerte Guerillabewegung der MONTONEROS und der ERP zu vernichten. Nach dem Vorbild der vietnamesischen und algerischen Freiheitskämpfer entwickelt sich diese Guerillabewegung zu einer immer bedeutenderen Kraft.

246 Seiten 15 Mark

* * * * * * * * *

Frei bis zum BGH-Urteil Michael „Bommi" Baumann
WIE ALLES ANFING

144 Seiten 10 Mark

* * * * * * * *

Gisela Bock
DIE „ANDERE" ARBEITERBEWEGUNG IN DEN USA (I.W.W. The Industrial Workers of the World).

Die Massenbewegung „Industriearbeiter der Welt" prägte 20 Jahre amerikanische Geschichte. Bei uns wurden sie fast völlig verdrängt, da sie weder dem Verständnis von Partei noch Gewerkschaft entsprachen. Die I.W.W. war eine der wenigen Organisationen überhaupt, in denen sich der moderne „Massenarbeiter" kämpferisch verwirklichen konnte: radikal, antiautoritär, gegen die Arbeit, für das Leben.

197 Seiten 15 Mark

Jerry Rubin
DO IT! Szenarios für die Revolution

Das bekannteste Buch der amerikanischen Jugendbewegung, jetzt wieder erhältlich! Übernahme vom Rowohlt Verlag.

278 Seiten 10 Mark

Victor Serge
GEBURT UNSERER MACHT
Historischer Roman
Übers. von Peter Paul Zahl

Die „Geburt unserer Macht" beginnt 1917 mit dem Aufstand in Barcelona, der blutig niedergeschlagen wurde. Dem Erzähler, der mit Serge selber identifiziert werden kann, gelingt es zu fliehen. In Paris, auf dem Weg nach Rußland, wird er inhaftiert. Nach dem Waffenstillstand wird er nach Rußland entlassen, wo er sich wiederfindet in den Wirren der russischen Revolution. Der Schauplatz: St. Petersburg, eine kalte stille Stadt voller Haß... und der Wille zu leben, die Macht zu erobern.

239 Seiten 15 Mark

* * * * * * *

Toni Negri, Italien: Massenautonomie gegen Historischen Kompromiß

Aufsätze Negris aus den letzten Jahren, Versuch einer theoretischen Einschätzung der italienischen Klassenkämpfe und der „Weltkrise". Die Entwicklung des Linksradikalismus, der historische Kompromiß, politischer Lohn, Subkultur und Arbeiterbewegung, Eurokommunismus und Studentenkämpfe. Das Buch bezieht die jüngste Entwicklung der sozialen Auseinandersetzung in Italien mit ein.

ca. 200 Seiten ca. 15 Mark

* * * * * * * *

Asphaltkonzert

LP US-25 18 Mark

Vom MEK ist Tommi schon bekannt (unter anderm durch zwei Platten). Einsatzorte: Straßen, Jugendzentren, Veranstaltungen, Demos. Lieder, die Mut machen, radikalisieren, angreifen. Gesungen mit grimmigen Spott, Liebe, Haß, Herz und Klarheit. Z. T. in (verständlichem) bayerisch.

Dave Corner
Live in Santa Fu

LP US-30 18 Mark

Ostern 1976 sang Dave vor Gefangenen im Hamburger Knast Fuhlsbüttel, genannt Santa Fu. Kein Star zog da eine Caritas-Show ab, vielmehr war Dave selbst 20 Jahre hinter Gittern und Mauern. Diese Erfahrung bestimmt seine Lieder, macht sie kompromißlos. Alte Lieder, die schon auf seiner (vergriffenen) ersten LP waren und Neue.

Karaxu mit Patricio Manns
Wer kommt mit mir?
Lieder aus dem chilenischen Widerstand

...Du hörst die Musik und weißt, wen Du vor Dir hast... Schon der Gestus des Singens zeigt es, ob einer einen modischen oder einen echten Zorn gegen die bürgerliche Barbarei hat... (Wolf Biermann über die Platte)

LP mit Textheft
US 6 — 18 Mark

Klaus der Fiedler und Toni Straßenmusik

KLAUS DER FIEDLER UND TONI sind (vor allem) Straßenmusiker in Köln.

LP mit Textheft US-13 18 Mark

Arbeitersache mit Tommi — Wir befreien uns selbst

LP mit Textheft US-1 18 Mark

Tommi, Fuchs, Du hast die Gans gestohlen, gib sie nicht mehr her

LP mit Textheft US 15 — 18 Mark

Warmer Südwind Schwul

LP US-29 18 Mark

Ein warmer Südwind hat uns zusammengetragen und so bereiten wir die 1. schwule LP in deutscher Sprache vor. Texte und Musik sind ein Beitrag zur Schwulenkultur, zum aufrechten Gang in der Helle des Tages. Gegen Unterdrückung und Diskriminierung. Dieser Föhn wird den Geruch von Klappe in die Gosse fegen!

Wecker's Uhrwerk

LP US-31 18 Mark

Eine AGIT—ROCK-Band aus Wien. Fünf Unzufriedene, die nicht „nur" Musik machen können, sondern sie dazu mißbrauchen, wozu sie eigentlich da sein sollte: um zu verändern. Einige Titel: Oh Wohlstand/Mia san nima noamal/Ein ehrliches Liebeslied/Ich könnt der Urenkel von Franco sein/ Saufn, Fickn, Heislbaun.

Die Generation amerikanischer Liedermacher
DYLAN (BLIND BOY GRUNT)+OCHS+ANDERSEN+SEEGER+CHANDLER+LA FARGE+SPOELSTRA+PAXTON+KAPLAN+TURNER+ST' MARIE + u. a.

Politische Lieder in authentischem Zusammenhang auf Broadside + -Platten

Mit Texten, Noten und Übersetzungen

jede LP kostet 19,50 M.

Broadside war das Magazin, in dem die Liedermacher in den 60-igern zuerst ihre Lieder veröffentlichten. Später wurde zur Unterstützung auch eine Plattenreihe bei Folkways-Records begonnen. 5 LP's aus dieser Reihe vertreiben wir:

Broadside I
L-109
Broadside Singer (III)
L-110
Broadside Reunion (VI)
L-111
Broadside VII
L-112
Phil Ochs Sings for Broadside
L-106

Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen (Hrsg)
Neue Lieder aus dem Dreyeckland

Wyhl+Marckolsheim+Kaiseraugst+Fessenheim

DoLP US-26/27 25 DM

Diese Zusammenstellung dokumentiert am ausführlichsten den Kampf der Bevölkerung im „Dreieckland" Baden, Elsaß, Nordschweiz gegen KKW und Umweltzerstörung und das Zusammengehen der alemannisch sprechenden Bevölkerung. So singen neben den bekannten Moßmann, Buki, Born, Brumbt, Keck z. B. Die Singenden Winzerinnen und der MGV Weisweil u. a.

Jean Dentinger/Walter Moßmann/Gerald Walter/Francis Keck/Francois Brumbt/Le Rue des Dentelles/Roger Siffer/Richard Weiss
Marckolsheim-Wyhl: Lieder im Freundschaftshaus

Der Kampf gegen Kernkraftwerke und Chemie in Liedern vom „Besetzten Platz".

LP US 23 — 18 Mark

Oktober Uhrsprung *Politischer Konzertrock*

Die Musik holt die Jugendlichen da ab, wo sie sich musikalisch „zu Hause" fühlen, und die Texte gehen auf politische Sachverhalte ein, die die Jugendlichen direkt betreffen. (FR)

LP US 0024 — 18,—

Kollektiv Rote Rübe presents

Die Songs aus den Stücken des Theaterkollektivs ROTE RÜBE:
Bravo, Bravo — Viva Italia — Frauenpower.

2 LPs mit Textheft
US 14 — 29 Mark

poder popular *Lieder der portugiesischen Revolution.*

LP mit Textheft
US 22 — 20 Mark

VERTRIEB

Alle LPs von APRIL/Panther-Politrock/USA: Phil Ochs, Seeger, Guthrie, Indianer Italien: Bella Ciao Lateinamerika: Viglietti/aus Spanien, Portugal, China, Frankreich usw. Und viele Platten mehr!

Walter Moßmann Neue Lieder

LP US-31 18 Mark

Neue Lieder (Arbeitstitel) von Walter Moßmann, bekanntgeworden durch seine Flugblattlieder zu verschiedenen Ereignissen und Situationen, gesungen an vielen Orten. Einige Titel: Schwangerer Mann/Balladen von: Anna Mack/Jaime/Routhier/Drei Esel/Weihnachtslied/Seveso/Arbeitslos/ Lied zu den politischen Gefangenen/Poder popular/Eine Hitz.

Bodo Kolbe/Norbert Schamber
Merr speele de Bluus

LP US-28 18 Mark

HESSISCHER DIALEKT-BLUES

Mit eigenen Texten und Melodien, aber auch aus dem alten Blues und einheimischen Volksliedern. Sie leben im Ried (südlich von Frankfurt) und ihre Themen sind der Alltag dort, dem es an den Kragen geht: Verstädterung, Umweltzerstörung, einbetonierte Menschen.

Ton Steine Scherben

- **Wenn die Nacht am tiefsten**
  2 LPs US8/TSS3 — 22,50 Mark
- **Keine Macht für Niemand**
  2 LPs US20/TSS 17 20 Mark
- **Warum geht es mir so dreckig:**
  LP US21/TSS 13 15 Mark

Koproduktion mit APRIL

Sparifankal Bayernrock

LP mit Textheft
US 18 — 18 Mark
Koproduktion mit APRIL

Walter Moßmann Flugblattlieder

LP mit Textheft US-10 18 Mark

Amparo, Biermann, Moßmann, Viglietti, Klaus der Fiedler, Toni, Eck, Tommi, El Camperol
Leben - Kämpfen - Solidarisieren

Live-Aufnahme der großen Spanien-Solidaritätsveranstaltung im Herbst 75, an deren Teilnahme Wolf Biermann in letzter Minute von DDR-Bürokraten gehindert wurde, er schickte ein Band.

2 LP's mit Textheft
US 12 — 25 Mark

Kostenlos anfordern: Buch-Almanach und Plattenzeitung 'Unsere Stimme'
Kauft Bücher und Schallplatten in Läden des Verbandes Linker Buchläden (VLB) ,anderen progressiven und alternativen Läden (Adressen bei uns) ; oder direkt vom Verlag .

Trikont Josephsburgstr. 16 , 8000 München 80

Bald wird es auch diese Häuser nicht mehr geben

Noch 1913 holte man hier das saub

Alt

„... und ein letztes Glas im Stehn"

Wir sitzen in der letzten noch geöffneten Kneipe ‚Zur Schleuse' in Altenwerder. Unser Gesprächspartner wohnt seit seiner Geburt im Ort und hat hier früher eine Elektrohandlung besessen. Der Laden ist längst geschlossen. Inzwischen baut er für sich und die Familien seiner Kinder auf einem vom Senat angebotenem Ersatzgrundstück in Hausbruch ein neues Haus. Die staatliche Entschädigung reicht dafür nicht aus. Ein „günstiges' Darlehen von 200.000 Mark muß weiterhelfen.

Was die Atmossphäre in Altenwerder so deprimierend macht, ist die Tatsache, daß das dörfliche Leben immer mehr zusammenbricht. Schätzungsweise die Hälfte der ehemaligen Bewohner hat, wie wir erfahren den Ort mittlerweile verlassen. Wenn jemand wegzieht ist am nächsten Tag ein Abbruchtrupp da – überall sind Löcher und Trümmer, die von Bombeneinschlägen herrühren könnten.

, Für das ganze Dorf haben wir nur noch einen Laden zum Einkaufen. Von 5 Kneipen ist nur eine einzige übergeblieben." Es gibt auch keinen Arzt mehr in Altenwerder und das Gemeindehaus fiel dem Bagger zum Opfer. Die Kinder haben niemand mehr zum Spielen. Der Elektromeister erzählt: „Früher haben wir mit 40 Mann im Chor gesungen Heute sind wir kaum mehr als ein Dutzend.'

In der Kneipe ‚Zur Schleuse" ist es am Sonntagmorgen erstaunlich voll. Viele, die Altenwerder schon längst verlassen haben, kehren hierher zurück um alte Freunde und Bekannte zu treffen.

„Die Kleinen beißen die Hunde"

Wie ist es zu dieser Situation gekommen? Wie konnte es passieren, daß ein ganzes Dorf, in dem mehrere Generationen zusammen aufgewachsen sind, „freiwillig" das Feld räumt? Wir fragen den Elektromeister ob es keinen Widerstand gegeben hat in Altenwerder: „Wir hatten hier schon eine Notgemeinschaft – da waren sich eigentlich auch alle einig, daß wir hier nicht weg wollen. Aber neben der Notgemeinschaft haben viele versucht, finanzielle Vorteile für sich beim Senat rauszuhandeln."

Massiver Druck der Behörden tat ein Übriges. In Briefen der Behörden an die Leute von Altenwerder hieß es:

„Daneben spielt bei einer mehrfachen Bewerbung für ein Grundstück für die Vergabeentscheidung eine Rolle, wann die Grundstücksverhandlungen aufgenommen worden sind und in welchem Stadium sie sich befinden. Die Zahl der bereitstehenden Ersatzgrundstücke ist so groß, daß für jeden Gründstückseigentümer eine Auswahlmöglichkeit besteht. Wer seine Wahl jedoch erst nach dem 3. Januar trifft, kann bei der Erstvergabe nicht berücksichtigt werden."

Wie sagte doch sogar ein Bürgerschaftsabgeordneter zu diesem Vorgehen: „Wer dieses Verfahren Erpressung nennt, dem würde ich persönlich nicht widersprechen wollen."

Die wohlhabenden Bauern von Altenwerder haben zuerst verkauft. Die hatten viel Land und haben Millionen kassiert. Eine Verfassungsbeschwerde der Notgemeinschaft in Karlsruhe wurde abgeschmettert.

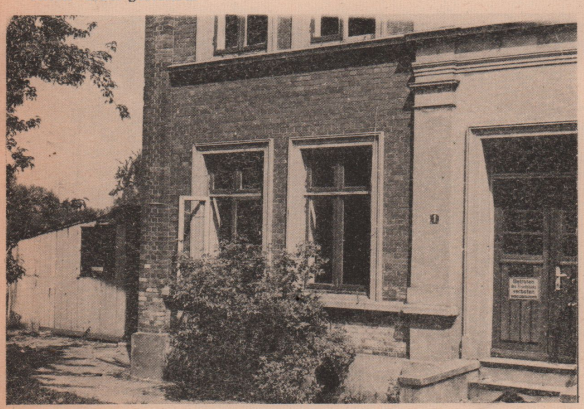
Die kleinen Hausbesitzer haben es dann mit der Angst gekriegt. Viele haben Ersatzgrundstücke in Hausbruch, Finkenwerder oder Neugraben-Fischbek akzeptiert, obwohl sie Hunderttausende von Mark an Darlehen aufnehmen mußten, um an anderer Stelle wieder neu anfangen zu können.

Am schlechtesten geht es freilich denjenigen, die in Altenwerder nur zur Miete wohnten. Sie kriegen eine einmalige Entschädigung von 2000 DM; „für neue Gardinen", wie es heißt. Dabei könnte selbst ein Lottogewinn den Verlust langjähriger nachbarschaftlicher Beziehungen oder eines Obstgartens nicht ersetzen. Heute fühlen sich die staatlichen Umsiedler als Herren der Lage: „Am Anfang sind die Behörden noch zu uns gekommen, wenn sie was wollten; jetzt müssen wir schon zu denen."

Ungefähr ein Dutzend Leute hat noch keinen Vertrag unterschrieben. „Das sind die, die nichts zu verlieren haben" wird uns gesagt. Die die keine Familie haben und kaum Land.

Aber sie werden das Blatt nicht mehr wenden können. Ihre bevorstehende Enteignung wurde bereits angekündigt. Altenwerder wird es bald nicht mehr geben.

Altenwerder gestern ...



... und heute

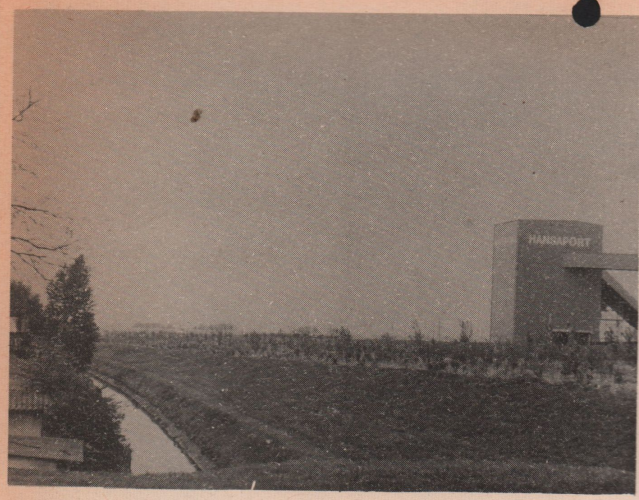
Liebe Hamburger Umwelschützer

Wir sollten aus dem „Modellfall" Altenwerder lernen. Wir haben in den letzten Monaten in Brokdorf und anderswo demonstriert gegen die Errichtung von Atomkraftwerken, weil wir wissen, daß unsere Umwelt dadurch zerstört wird. Wir haben dabei den Glauben an „Fortschritt" verloren: Wir haben gelernt, daß wirtschaftliches Wachstum gegenwärtig vor allem denjenigen dient, die immer neue Quellen des Profits aufreißen müssen. Dabei schrecken sie nicht davor zurück, unsere ohnehin schon lebensfeindliche Umwelt vollends zu zerstören. In Altenwerder machen sie ein ganzes Dorf dem Erdboden gleich, weil das dem ‚Fortschritt' dient. Wir sollten uns nicht damit aufhalten, ihnen vorzurechnen, was für gigantische Fehlinvestitionen sie sich geleistet haben. Wir haben die Nase voll von Konsum und Wachstum. Wir wollen Investitionen, die uns eine Umwelt schaffen, in der das Leben Spaß macht.

In Altenwerder sind 2000 Menschen unglücklich gemacht worden, weil ihnen ihre inmitten von Natur gelegene natürliche gewachsene dörfliche Gemeinschaft zerstört worden ist. Wir Hamburger Umweltschützer sollten mit dafür sorgen, daß so etwas nicht noch einmal passiert. Natürlich müssen wir uns in erster Linie um unseren eigenen „Stadtalltag" kümmern. Aber wenn der „Fortschritt" direkt vor unserer Nase zuschlägt, sollten wir zukünftig nicht tatenlos zusehen.

GASTSTÄTTE EICHENBURG
2 HAMBURG 19 BISMARCKSTR 40
TELEFON 405536
von 18 bis 2 Uhr & KÜCHE bis 1 Uhr

Noch 1913 holte man hier das sauberste Trinkwasser der Gegend her



Altenwerder stirbt

bruch, Finkenwerder oder Neugraben-Fischbek akzeptiert, obwohl sie Hunderttausende von Mark an Darlehen aufnehmen mußten, um an anderer Stelle wieder neu anfangen zu können.

Am schlechtesten geht es freilich denjenigen, die in Altenwerder nur zur Miete wohnten. Sie kriegen eine einmalige Entschädigung von 2000 DM; „für neue Gardinen", wie es heißt. Dabei könnte selbst ein Lottogewinn den Verlust langjähriger nachbarschaftlicher Beziehungen oder eines Obstgartens nicht ersetzen. Heute fühlen sich die staatlichen Umsiedler als Herren der Lage: „Am Anfang sind die Behörden noch zu uns gekommen, wenn sie was wollten; jetzt müssen wir schon zu denen."

Ungefähr ein Dutzend Leute hat noch keinen Vertrag unterschrieben. „Das sind die, die nichts zu verlieren haben" wird uns gesagt. Die die keine Familie haben und kaum Land.

Aber sie werden das Blatt nicht mehr wenden können. Ihre bevorstehende Enteignung wurde bereits angekündigt. Altenwerder wird es bald nicht mehr geben.

Altenwerder: Ein Stadtteil wird kaputt gemacht

Wer sich durch den Elbtunnel gequält hat und danach in Waltershof die Autobahn verläßt, kann inmitten von Industriemüll und gigantischen Hafenanlagen noch eine dörfliche Idylle entdecken, die allerdings schon deutliche Spuren des Verfalls zeigt: Altenwerder. Der gesamte Stadtteil soll noch in diesem Jahr den Hafenerweiterungsplänen des Senats weichen.

„Die Räumung Altenwerders, die bereits beschlossen und in Angriff genommen worden ist, muß 1977 beendet sein, damit anschließend mit vorbereitenden Maßnahmen für den Hafenbau und die Geländeaufhöhung begonnen werden kann" heißt es im „Hafenentwicklungsplan". Altenwerder ist aber nur der Anfang, weitere Wohngebiete sollen folgen, sind auf den offiziellen Plänen schon nicht mehr vorhanden. Die größte Umsiedlungsaktion dieser Art seit dem Bau des Freihafen in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, vollzieht sich fast unbemerkt von der Hamburger Öffentlichkeit.

Der wichtigste Schritt war schon getan, als den Bewohnern von Altenwerder der neue Hafen „Hansaport" direkt vor die Nase gesetzt wurde.

Hansaport:

4. März 1977. In Altenwerder wird die neue Massenschüttgut-Anlage „Hansaport" eingeweiht. Klose spricht. Musikkapellen spielen, ein Karussell dreht sich, die Würstchenbuden haben Rekordumsatz. Mit einem Volksfest soll das neue Großprojekt des Hamburger Senats gefeiert werden. Die Bewohner von Altenwerder aber feiern nicht. Altenwerder hat schwarz geflaggt. Einige ziehen mit Trauerfahnen zum Festplatz. Pfiffe stören die Reden. „Das war eine Gemeinheit. Wir werden hier vertrieben und die feiern das noch mit Karussell und Rummel" sagt uns einer von denen, die noch in Altenwerder wohnen.

Angefangen hatte alles vor mehr als 4 Jahren, als die Salzgitter AG in Kontakt mit dem Hamburger Senat trat. Die 4 Eisenerzgruben, die der Salzgitter-Konzern in Niedersachsen besitzt, waren unprofitabel geworden. Es wurde beschlossen, sie dicht zu machen und sich stattdessen auf den Erzimport zu verlegen. Die Salzgitter AG brauchte eine neue Eisenerzumschlagsanlage und der Hamburger Senat hatte sein neues Renomierprojekt: „Hansaport" war geboren.

Die „Hansaport GmbH" wurde gegründet, von deren Stammkapital die Salzgitter AG 51 % hält. Mit den restlichen 49 % durfte sich die stadteigene Hamburger Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft (HHLA) begnügen. Was überspitzt gesagt heißt: über die Umschlagstarife von „Hansaport" kann die Salzgitter AG mit sich selbst ver-

„Modell" Altenw

Die Umsiedlung der Bewohner von Altenwerder müsse – so formulierte es 1973 der damalige Bürgermeister Schulz – ein „Modellfall" werden. Modell wofür?

Der Hamburger Senat – das ist unbestritten – läßt sich durch Pannen und Fehlkalkulationen wie Reynolds oder Altenwerder nicht beirren. Er hat auch weiterhin Großes im Sinn.

Denn Altenwerder war nur ein erster Schritt. Ein 1976 veröffentlichter „Hafenentwicklungsplan" sieht vor, daß Altenwerder in den nächsten Jahren auch die Wohngebiete Waltershof, Neuhof und Moorburg neuen Hafen- und Industrieansiedlungsplänen weichen sollen. Vor allem in Moorburg wären davon etwa 3.000 Menschen betroffen.

In welchen Größenordnungen die Landesregierung langfristig plant, zeigt ein Blick in das Hamburger „Entwicklungsmodell" von 1969. Dort ist für die kommende Jahrzehnte eine Verdreifachung der Industrie- und Gewerbeflächen im Hamburger Stadtgebiet vorgesehen. Eine wesentliche Verschlechterung der Lebensbedingungen bedeutet das auch für Leute, deren Wohnge-

r Umwelschützer

sche Fehlinvestitionen sie sich geleistet haben. Wir haben die Nase voll von Konsum und Wachstum. Wir wollen Investitionen, die uns eine Umwelt schaffen, in der das Leben Spaß macht.

In Altenwerder sind 2000 Menschen unglücklich gemacht worden, weil ihnen ihre inmitten von Natur gelegene natürliche gewachsene dörfliche Gemeinschaft zerstört worden ist. Wir Hamburger Umweltschützer sollten mit dafür sorgen, daß so etwas nicht noch einmal passiert. Natürlich müssen wir uns in erster Linie um unseren eigenen „Stadtalltag" kümmern. Aber wenn der „Fortschritt" direkt vor unserer Nase zuschlägt, sollten wir zukünftig nicht tatenlos zusehen.

EICHENBURG
ISMARCKSTR 40
18 bis 2 Uhr & KÜCHE bis 1 Uhr

rbt

Die zukünftige ‚Autobahnkirche' Altenwerder. Sie darf nicht abgerissen werden, weil sie unter Denkmalschutz steht.

Hansaport: Die Pleiten des Senats

4. März 1977. In Altenwerder wird die neue Massenschüttgut-Anlage „Hansaport" eingeweiht. Klose spricht. Musikkapellen spielen, ein Karussell dreht sich, die Würstchenbuden haben Rekordumsatz. Mit einem Volksfest soll das neue Großprojekt des Hamburger Senats gefeiert werden. Die Bewohner von Altenwerder aber feiern nicht. Altenwerder hat schwarz geflaggt. Einige ziehen mit Trauerfahnen zum Festplatz. Pfiffe stören die Reden. „Das war eine Gemeinheit. Wir werden hier vertrieben und die feiern das noch mit Karussell und Rummel" sagt uns einer von denen, die noch in Altenwerder wohnen.

Angefangen hatte alles vor mehr als 4 Jahren, als die Salzgitter AG in Kontakt mit dem Hamburger Senat trat. Die 4 Eisenerzgruben, die der Salzgitter-Konzern in Niedersachsen besitzt, waren unprofitabel geworden. Es wurde beschlossen, sie dicht zu machen und sich stattdessen auf den Erzimport zu verlegen. Die Salzgitter AG brauchte eine neue Eisenerzumschlagsanlage und der Hamburger Senat hatte sein neues Renomierprojekt: „Hansaport" war geboren.

Die „Hansaport GmbH" wurde gegründet, von deren Stammkapital die Salzgitter AG 51 % hält. Mit den restlichen 49 % durfte sich die stadteigene Hamburger Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft (HHLA) begnügen. Was überspitzt gesagt heißt: über die Umschlagstarife von „Hansaport" kann die Salzgitter AG mit sich selbst verhandeln. Ursprünglich sollte die neue Anlage im Dradenauhafen östlich von Finkenwerder gebaut werden. Dann jedoch machte der Senat eine überraschende Entdeckung: „. . . der unvermeidliche Staub beim Erzumschlag hätte die empfindliche Alu-Blech-Produktion des Reynolds-Werkes unmöglich gemacht".

So mußte denn ein neuer Standort gefunden werden. Und er wurde gefunden: in Altenwerder. Was Reynolds nicht zugemutet werden konnte, das sollten die Leute von Altenwerder ruhig eine Weile aushalten. Denn ohnehin stand für Senat und Bürgerschaft schon seit langem fest, daß dieser Ort irgendwann einmal neuen Hafen- und Industriegebieten weichen sollte. Bald war in Hamburger Zeitungen zu lesen: „Altenwerder muß sterben".

Mit „nein" antworten

Die Hansaport-Planung schritt zügig voran, weitere Interessenten neben der Salzgitter AG schienen sich zu drängeln. Im Dezember 74 verkündete der damalige Hamburger Wirtschaftssenator Kern triumphierend: „Wir müssen bei Verhandlungen schon mit ‚nein' antworten". Das Projekt geriet noch größer als es ohnehin schon geplant war. Ursprünglich war vorgesehen, beim Hansaport auch eine Massenstückgutanlage (für Röhren, Stabstahl, Fahrzeuge usw.) zu bauen. Wegen des angeblich großen Andrangs wurde nun beschlossen den Hansaport allein auf Massenschüttgut (Erz, Kohle) zuzuschneiden. Ab Anfang der achtziger Jahre soll dafür in Altenwerder zusätzlich auch noch ein neuer Umschlagplatz für Massenstückgut entstehen. Die Stunde der Wahrheit war dann spätestens bei der Hansaport-Eröffnung gekommen, als sich herausstellte, daß der Hansaport praktisch nur von der Salzgitter AG genutzt wird.

Ausgetrickst

Darüber konnten auch von der SPD-Morgenpost angestimmte Jubelchöre („Klasse: Der Hansaport läuft wie geschmiert") nicht hinwegtäuschen. Denn für 1977 ist gegenwärtig nur mit einem Umschlag von höchstens 4,8 Mill. t zu rechnen. Allein in der ersten Baustufe liegen die Kapazitäten des neuen Großprojekts jedoch schon bei 11 Mill. t.

Auch in anderer Hinsicht ist Hansaport eine Fehkalkulation geworden. Denn der Senat hatte gehofft, mit dem neuen Hafen eine wesentlich bessere Auslastung des – von Hamburg zu einem Drittel mitfinanzierten – Elbeseitenkanals zu erreichen. Die Salzgitter AG jedoch nutzte die Situation um den neuen Kanal gegen die Bundesbahn auszuspielen.

Resultat: die Bundesbahn bot niedrigere Frachttarife und Salzgitter wird nur 10-20 % seiner Erzimporte über Binnenschiffe weitertransportieren.

Die Pointe: Auch die Salzgitter AG gehört dem Bund. Ein staatliches Unternehmen hat also das andere ausgetrickst. Wenn das keine wirklich freie Marktwirtschaft ist.

Bleibt schließlich die Frage nach den geschaffenen Arbeitsplätzen. Auch hier fällt die Antwort mager aus. Denn Hansaport ist ja nur deshalb gebaut worden, weil die niedersächsischen Erzgruben geschlossen ‚und damit Hunderte von Arbeitsplätzen vernichtet werden. Und Hansaport selbst benötigt ganze 50 Beschäftigte, sowie weitere 70 Angestellte in der Verwaltung und in Werkstätten.

„Modell" Altenwerder ?

Die Umsiedlung der Bewohner von Altenwerder müsse – so formulierte es 1973 der damalige Bürgermeister Schulz – ein „Modellfall" werden. Modell wofür?

Der Hamburger Senat – das ist unbestritten – läßt sich durch Pannen und Fehlkalkulationen wie Reynolds oder Altenwerder nicht beirren. Er hat auch weiterhin Großes im Sinn.

Denn Altenwerder war nur ein erster Schritt. Ein 1976 veröffentlichter „Hafenentwicklungsplan" sieht vor, daß Altenwerder in den nächsten Jahren auch die Wohngebiete Waltershof, Neuhof und Moorburg neuen Hafen- und Industrieansiedlungsplänen weichen sollen. Vor allem in Moorburg wären davon etwa 3.000 Menschen betroffen.

In welchen Größenordnungen die Landesregierung langfristig plant, zeigt ein Blick in das Hamburger „Entwicklungsmodell" von 1969. Dort ist für die kommende Jahrzehnte eine Verdreifachung der Industrie- und Gewerbeflächen im Hamburger Stadtgebiet vorgesehen. Eine wesentliche Verschlechterung der Lebensbedingungen bedeutet das auch für Leute, deren Wohngebiete erhalten bleiben sollen. So wird Finkenwerder in einigen Jahren völlig von Industrie- und Hafenanlagen umgeben. Daß dann von „Lebensqualität" nicht mehr die Rede sein kann, ist auch ohne große Phantasie vorstellbar.

Senat und Politiker sprechen von „Fortschritt". Fortschritt drückt sich für sie aus in der Erhöhung des Bruttosozialprodukts und der Umschlagszahlen des Hafens. Fortschritt heißt für sie, Industriegebiete und Hafen in ständiger Konkurrenz mit anderen Regionen und Hafenstädten auszubauen, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. Für viele Hamburger aber ist dieser Fortschritt vor allem gleichbedeutend mit mehr Dreck, mehr Lärm, mit der Zerstörung ihrer Erholungsgebiete und jahrzehntelang gewachsener Wohn- und Lebensstrukturen. Wenn sich deshalb immer mehr Leute fragen, ob dieser Fortschritt noch ihren Interessen entspricht, so ist das auch die Frage nach der Existenzberechtigung eines Wirtschaftssystems, das angeblich von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung bejaht wird.

C. Behnke / M. Grüttner

ANZEIGE

Bus-Christoforus fährt nach INDIEN – NEPAL

Abfahrt: 1. Juli ab Zürich 38 freie Plätze, Preis: Fr. 450,–

Informationsblatt mit detaillierten Angaben und Anmeldeformular kann bei folgender Adresse bestellt werden:
Christof Zellweger
In Gassen 11, 8001 Zürich

Kontakt und Information:
ARMADILLO – Laden
Bäckerstr. 56, 8004 Zürich
Geöffnet: Di.-Fr. 12-18.30 h
Sa. 12-16.00 h

Bei Umweg- und Aufenthaltswünschen: Koordination im Laden.

Zürich – Kathmandu ca. 1 Monat. ca. 4 Wochen Nepalaufenthalt Retour bis Istanbul Fr. 250,–

Gemeinsam sind sie stark

Ich trat durch die geöffnete Werkstatttür. „Die sind alle oben in der Teestube!" rief mir ein Jugendlicher zu, ohne sich beim Anziehen einer Radmutter seines Motorrades stören zu lassen. In den oberen Räumen war es überraschend ruhig, als ich jedoch die Tür zur Teestube aufstieß, prallte ich vor Überraschung zurück. Damit, daß so viele Leute zum 2. Treffen der Kinder- und Jugendinitiativen in die AFA (Aktive Freizeitgestaltung Altona), einer Bürgerinitiative die Kinder- und Jugendarbeit in der Altonaer Altstadt leistet, kommen würden, hatte ich nicht gerechnet. Etwa 35 - 40 Jugendliche, Eltern, Pädagogen und Studenten, Vertreter von insgesamt 15 autonomen Projekten saßen zusammen, um sich über die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit den Kopf zu zerbrechen.

Am Anfang der Sitzung stand eine kurze Reflexion der öffentlichen Anhörung vom 4. 5. 77 im Altonaer Rathaus, an der einige der anwesenden Initiativen, wie die AFA, die Motte, der Verband Hamburger Spielplatzinitiativen und das Kinderhaus Winterstraße teilgenommen hatten. Die drei Fraktionen des Ausschußes für Jugend und soziale Dienste in der Bezirksversammlung Altona hatten dazu eingeladen, weil von den Fraktionen Anträge für den Wiederaufbau der Fabrik vorlagen. In diesem Rahmen sollte auch die Arbeit der verschiedenen Altonaer und Ottensener Initiativen überprüft werden um evtl. durch Empfehlungen bei der Verteilung öffentlicher Gelder berücksichtigt zu werden. Ob die Geldsäcke aufgeschnürt werden, läßt sich jedoch bezweifeln, denn mit Mitteln für Jugendarbeit auf freiwilliger Basis, spart der Senat wo er kann. Kein Wunder, da er das vorhandene Geld zum großen Teil zur Unterstützung seines „Rennomierladen" Fabrik dringend benötigt. Diese bekommt jährlich 165.000 DM für ihre pädagogische Arbeit bewilligt. Nach dem „großen Brand" servierten die Verantwortlichen dem „Fabrik-Pächter" Dietrich zusätzlich 70.000 DM Bürgschaft zum Wiederaufbau.

Einer bekommt das Geld, die anderen tun die Arbeit

Diese Aufwendungen stehen in keinem Verhältnis zu der in der Fabrik geleisteten sozialpädagogischen Arbeit. Problemgruppen wie alkohol- und drogengefährdete Jugendliche, Ausländerkinder, paßten kaum in das Konzept des Fabrikleiters, der zunehmend musikalische Großveranstaltungen organisierte, um seinen Einfluß in der „Hamburger Szene" auszuweiten und sich für diese als Veranstalter unentbehrlich zu machen. Die Sozialarbeit wurde Mittel zum Zweck um an staatliche Zuschüsse zu gelangen. Was Herrn Dietrich bekanntlich gelang. Typisch übrigens, das er auf der Anhörung nicht erschien, sondern sich mit Arbeitsüberlastung entschuldigte.

Das diejenigen, die in Altona die wirkliche Auseinandersetzung mit Kinder- und Jugendproblemen führen, keine oder nur geringe Zuschüsse bekommen ist eine Sauerei. Darüber waren sich die Versammelten an diesem Abend einig.

Wie soll die Zusammenarbeit aussehen

Auf die Frage nach der praktikabelsten Form der Zusammenarbeit, gab es verschiedene Vorschläge. Ein Vertreter der „Motte" (Jugend- und Stadtteilzentrum in Ottensen) regte den Zusammenschluß zu einem Dachverband an, um in Verhandlungen mit dem Senat endlich ein stärkerer Partner zu sein. Was gerade für das Tauziehen um die öffentlichen Gelder so wichtig ist.

Immer wieder die Finanzen an diesem Abend! Auch die Notwendigkeit eines engeren Miteinanderarbeitens, sei es unter einem Dachverband oder in einer anderen Organisationsform, wurde aus der ökonomischen Zwangslage der meisten Initiativen heraus diskutiert. Sie waren sich jedoch einig darüber, daß die Verwirklichung dieser Forderung nur in der Zukunft liegen kann, dann nämlich erst, wenn sie eine Plattform für ihre gemeinsame Arbeit gefunden haben. Auch der Vorschlag nach einer gemeinsamen Zeitung in der die Initiativen ihre Probleme einer größeren Öffentlichkeit zugängig machen könnten, wurde aus diesem Grund zurückgestellt.

Vertreter des Kinderhauses Heinrichstraße brachten den Vorschlag ein, daß sich die Initiativen über die Planung eines Kinder- und Jugendfestes, also durch die praktische Arbeit besser kennenlernen sollten. Der Erlös dieses Festes würde einem Solidaritätsfont der Initiativen zugute kommen, aus dem in der Zukunft gefährdete Projekte unterstützt werden könnten.

Eigentlich eine gute Sache. Tja, und nachdem die übergreifende Organisierung in die Zukunft verlegt war, stellten sich die einzelnen Initiativen mit ihrem pädagogischen Konzepten auf Wunsch einiger „Neuer" noch einmal vor.

Dabei wurden die unterschiedlichsten Arbeitsfelder der Projekte deutlich.

Unterschiede gibt es doch

Das Zusammenleben mit Klein- und Schulkindern wie es in den Kinderhäusern Heinrichstraße und Schokoladenfabrik, dem Schülerladen Woyersweg oder der Initiative Rombergstraße geplant ist, ohne die sicherlich im Detail voneinander abweichenden Konzeptionen genauer erörtern zu wollen, bringt ganz andere Probleme mit sich als die Arbeit im Jugendfeizeitbereich.

Kinderarbeit in den benannten Einrichtungen, hat eine stark familienergänzende Funktion. Die Betreuer nehmen die Stelle der Eltern ein die gezwungen durch den Arbeitsprozess, ihre Kinder in die Obhut der Einrichtung geben müssen! Hier werden sie an Formen solidarischen und kooperativen Zusammenlebens mit anderen herangeführt, Verkehrsformen die oft kollidieren mit denen, die sie über den Aufenthalt in den Einrichtungen hinaus erfahren, z.B. in der Schule. Die sich daraus ergebenden Verhaltenskonflikte der Kinder beeinflussen ständig dies Zusammenleben in alternativen Kindereinrichtungen.

Im Jugendfreizeitbereich tauchen ganz andere Probleme auf. Durch die Freiwilligkeit der Inanspruchnahme von Freizeiteinrichtungen, ist eine Kontinuität der pädagogischen Arbeit nicht immer gewährleistet. Passivität und Ablenkung bzw. Freizeitgestaltung durch Konsumtion sind wesentlich ausgeprägter bei Jugendlichen als bei z.B. Schulkindern. Jugendarbeitslosigkeit und damit verbunden, Jugendalkoholismus und Drogenmißbrauch sind weitere Problembereiche in der Jugendarbeit.

Wie soll es weitergehen

So, dieses war eine Zusammenfassung der pädagogischen Unterschiedlichkeiten, wie sich sie an diesem Abend herausgehört habe.

Kurz bevor alle ihre Sachen zusammenpackten, um beim Griechen zwangloser weiterzuquatschen, wurde noch beschlossen, was auf dem nächsten Treffen, die Anwesenden erwarten wird.

Exemplarisch an dem Beispiel der AFA sollen Fragen wie z.B.

a) Welche Erfahrungen haben die Initiativen mit den Behörden, speziell in finanziellen Fragen gemacht,
b) welche Kampfschritte hält die Initiative für richtig, um z.B. mehr Geld zu bekommen,
c) welche inhaltliche Arbeit leistet die Initiative im Kinder- und Jugendbereich,
d) wie wird die Elternarbeit inhaltlich gestaltet,

diskutiert werden.

Damit anhand eines praktischen Falles, die schon erwähnten Arbeitsschwerpunkte der verschiedenen Initiativen abgeklärt werden können und ein gemeinsamer Handlungsrahmen geschaffen wird.

Das war's. Ich selber schätze den Verlauf des Abends recht optimistisch ein.

Ein Anfang ist gemacht.

Wichtig erscheint mir, das ein Zusammenschluß der einzelnen Initiativen, sie aus ihrem isoliertem Nebeneinander herausholen kann und sie stärker als bisher in der Öffentlichkeit bekannt werden, denn die Arbeit dieser „Selbsthilfeorganisationen" im sozialen Bereich ist ungemein wichtig. Verwirklichen sie doch in ihrer pädagogischen Praxis das, was höchstens theoretisch in den Erziehungskonzepten des Hamburger Amtes für Jugend enthalten ist.

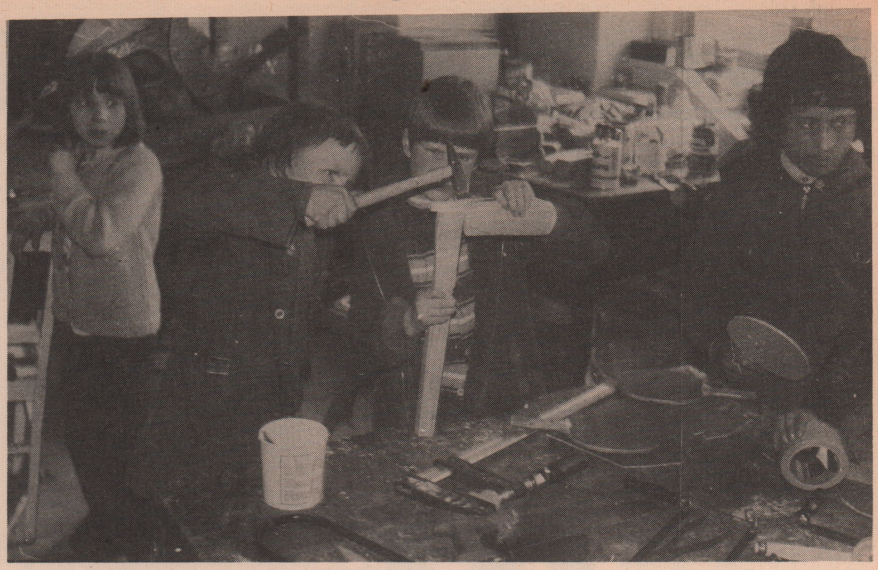
Eine pädagogisch interessierte Beobachterin

Noch eine kurze Anmerkung

Den Mitgliedern der „Großen Freiheit" die auf dem Treffen anwesend waren, ist es klar, daß der Artikel aus sehr subjektiver Sicht geschrieben wurde. Das ergibt sich einerseits aus unserer distanzierten Position, wir gehören eben zu einer Zeitungs- und nicht zu einer Jugendzentrumsinitiative, andererseits verstehen wir ihn auch als Provokation, um die Initiativen anzuregen, die Auseinandersetzung über die Probleme und die Arbeit in selbstverwalteten, autonomen Kinder- und Jungendzentren vor einer größeren Öffentlichkeit als bisher zu führen.

Damit könnte eine verstärkte Aufmerksamkeit bei Eltern, Jugendlichen und Pädagogen erreicht werden, die für den Erhalt dieser Projekte und den Aufbau Neuer notwendig ist. Also, wie ist es? Habt ihr Interesse an einer Diskussion.

Wer mehr über das Initiativtreffen wissen will, wendet sich am besten an die AFA.
Adresse: AFA
Max-Brauer-Allee 134
Hamburg 50
Tel.: 388 998



Eltern, Jugendlichen, Pädagogen bleibt nur die Selbsthilfe. Sie richten Kinder- und Jugendzentren ein. Dort finden alle eine Sache, die sie gerne tun, z.B. Hämmern und Sägen.

Bauspielplätze z.B. wo man so richtig toben kann, gibt es von öffentlicher Hand eingerichtet, viel zu wenig.

Die meisten Kinder kennen nur die Straße.

gemeinsam wohnen—besser leben

In kaum überschaubarer Zahl wursteln Wohngemeinschaften, Kommunen und Kollektive vor sich hin. Ihre Mitglieder kennen häufig nicht einmal die Gruppe gleich um die Ecke.

Das führt dazu, daß viele Wohngruppen immer noch auf alte Makler- und Vermieter-Tricks hereinfallen, innere Schwierigkeiten schlecht bewältigen und Energie in Dinge investieren, die man in Kooperation mit gleichgesinnten Gruppen quasi nebenbei erledigen könnte.

So kann das Zusammenleben, das doch einen Schritt voran und Erleichterung bedeuten sollte, gelegentlich in Resignation und Zersplitterung führen. Erst seit 1973 zeichnet sich in der Bundesrepublik eine Kooperationsbereitschaft einzelner Gruppen ab, nachdem im Jahr zuvor in Hamburg der Verein Humanes Wohnen mit enormer Resonanz gegründet worden war. Heute hat beispielsweise die Vereinszeitschrift „Montagsnotizen" ihren festen Leserkreis auch im gesamten Bundesgebiet. Und schon gibt es in Köln „Humanes Wohnen e.V.", und in Berlin ist ein weiterer Verein im Entstehen.

Zwar mußte „Huwo" Hamburg in Ideen und Ansätzen zurückstecken (etwa in speziellen Fragen der Wohnraumbeschaffung) und verschiedene Vereinsaktivitäten haben eher den Charakter von Dienstleistunggen. Aber auch diese lassen hinreichend Kooperation zu:

- Für Leute, die Wohngemeinschaft planen, wird dienstags ein „Wohngemeinschafts-Gründungstreff" veranstaltet – im wöchentlichen Wechsel einmal für Interessierte mit und einmal für Interessierte ohne Kinder.
- Mitglieder verschiedener Wohngemeinschaften treffen sich in lokkerer Folge zum „Berufstätigenkreis", einer Arbeitsgruppe zur Problematik Studenten- Berufstätige in Wohngemeinschaften.
- Ein Archiv mit Büchern, Zeitungen und Arbeiten zum Thema – Spezialität: Examensarbeiten – versorgt Interessenten im ganzen Bundesgebiet.
- Monatlich geben wir die **„Montagsnotizen"** heraus, die „Zeitung Hamburger Wohngemeinschaften", ein Forum für die aktuell anliegenden Sächelchen quer durch den alternativen Gemüsegarten mit einem Anzeigenteil „Biete/Suche WG".

Als Projektgruppen bestehen außerdem eine Einkaufskooperative und die Initiative „Jung & Alt-WGs zur Überwindung der einseitigen Altersstruktur in Normalwohngemeinschaften.

Für weitere Informationen:

- Allgemeiner Info-Nachmittag, sonnabends ab 14 Uhr, Bundestr. 9, HH 13
- Öffentliche Redaktionssitzung der „Montagsnotizen", montags 18 Uhr, selbe Adresse
- Telefon 410 42 28, fast jeden Tag ab 18 Uhr

Heinrich-Heine-Buchhandlung
Grindelallee 26 2000 Hamburg 13

Mosler, Was wir wollten, was wir wurden	7,80
Kuckuck, Student und Klassenkampf	16,00
Wie demokratisch ist Kommunalpolitik?	5,80
Arbeitslosigkeit von Hoch- und Fachhochschulabsolventen in der BRD	6,00
Frauen und Wissenschaft	11,50

040/44 97 78

Was ist los in der BUU?

Fortsetzung von Seite 1

Die Anti-AKW-Bewegung hat nach Jahren der Defensive den neuen Anfang einer Massenbewegung gebracht. Es waren Jahre, in denen die politischen Errungenschaften der antiautoritären Bewegung der sechziger Jahre eingetauscht werden mußten gegen Berufsverbote, einen Vormarsch der Reaktion und den Zerfall der Massenbewegung in dogmatisch erstarrte „Parteiaufbauorganisationen" einerseits sowie resignativen Rückzug ins Private andererseits.

Diese Erfolge waren möglich, weil sich in der Bewegung gegen das AKW Brokdorf die Entschlossenheit, den Bau auch praktisch zu verhindern, mit der Einsicht verband, daß der Kampf nur erfolgreich sein kann, wenn es gelingt, weite Teile der Bevölkerung mit einzubeziehen. Dies drückt sich in dem auf vielen Flugblättern abgedruckten Prinzip aus, daß alle AKW-Gegner, „unabhängig von ihrer parteipolitischen Zugehörigkeit und Orientierung und unabhängig von ihren jeweiligen Vorstellungen zu den jeweiligen Formen des Protests" zur Teilnahme aufgerufen sind (Flugblatt der BUU am 19. 2.).

Zu der Entstehung dieser Bewegung hat der KB nichts beigetragen. Noch auf der 30 000 Mann starken Brokdorf-Aktion am 13. 11. 76 war der Hamburger KB nur als Beobachter anwesend. In der BUU, die seit 1973 arbeitete, hatte er bis dahin nicht mitgemacht, im Gegenteil sie als bürgerlichen Verein abgetan. Vor beiden Brokdorfer Demonstrationen, auf denen eine Besetzung erfolgte bzw. versucht wurde, bezeichnete der KB die Orientierung auf die praktische Verwirklichung des Widerstandes als abenteuerlich:

„Wir würden es daher für unverantwortlich halten, uns an dem abenteuerlichen Unternehmen einer Bauplatzbesetzung zu beteiligen oder gar dazu aufzurufen" (Interner Rundbrief des Leitenden Gremiums des KB v. 9. 11. 76).

Damit zeigte er nicht nur bedauernswerten Kleinmut sondern v. a. fehlendes Verständnis dafür, was gerade die mobilisierende Kraft dieser Aktionen ausgemacht hatte, nämlich der Wille Tausender von Menschen, die AKW's auch praktisch zu verhindern.

Die „machtvollen Demonstrationen" etc., die der KB als politisches Konzept anbietet und sein folgenloses Zur-Schau-Stellen der eigenen zahlenmäßigen Stärke (oder Schwäche), imponieren weder dem Staatsapparat noch bieten sie dem Anti-AKW-Widerstand eine sinnvolle Alternative. Das weiß jeder, der das Imponiergehabe der organisierten Linken mit ihren sich wiederholenden „Großkundgebungen" etwas kritischer betrachtet. Dahinter steckt allerdings auch die Faschisierungsthese des KB, die Überzeugung von der Allmacht des Staates, angesichts derer es mehr auf eine Stärkung der eigenen Organisation und einen engeren Zusammenschluß innerhalb der Linken – natürlich unter Anleitung des KB – ankomme, als auf eine Verbreiterung der Gesamtbewegung.

Um nicht starke Sympathieverluste in der Linken hinnehmen zu müssen, und weil sich starker Widerstand gegen die Linie des Leitungsgremiums in der Mitgliedschaft regte, war der KB gezwungen, seine Politik zu ändern und trat zum 19. 2., wenn auch unter Vorbehalten, für Besetzungsversuche ein. Von dieser Zeit an versuchte er den Eindruck zu erwecken, dies sei eigentlich schon immer seine Position gewesen.

Linus ist frustriert.
War das nötig, Snoopy?

J.J.

Sturm auf die BUU

Die wirklichen Motive des KB, seine Position in der Besetzungsfrage zu ändern, zeigt ein (interner) Rundbrief vom 4. 1. 1977:

„Die Mehrheit der Anleiterrunde sprach sich trotz schwerwiegender Bedenken (hohes Risiko . . .) für eine Beteiligung an der Brokdorfer Großkundgebung und ein eigenes Konzept militanter Aktionen aus. Diese Empfehlung wurde v. a. damit begründet, daß die Glaubwürdigkeit unserer Politik bei einer Nicht-Beteiligung . . . aufs Spiel gesetzt würde und die Bedingungen für eine Mitarbeit von KB-Mitgliedern in den BI's (Bürgerinitiativen) zu sehr erschweren würden."

Die Brokdorfer Aktionen hatten ohne Beteiligung des KB Zehntausende auf die Beine gebracht. Das ließ befürchten, daß die Massen „ihrer" revolutionären Organisation, für die sich der KB mit der gleichen Bescheidenheit wie die K-Gruppen hält, davonlaufen würden. Er mußte also schleunigst auf den fahrenden Zug aufspringen:

„Uns hier . . . einzuschalten, die Linie dieser neuen Ansätze von Anfang an mitzubestimmen und vernünftige Menschen in das Koordinierungsgremium der Hamburger BI's zu schicken, ist eine wichtige Aufgabe der Hamburger Organisation des KB. Dabei reicht es erfahrungsgemäß nicht aus, nur einen oder zwei unserer Genossen/innen für diese Initiativen vorübergehend abzustellen (Beobachter), sondern es ist ein stärkeres Engagement für einen längeren Zeitraum notwendig." (Rundbrief d. LG d. KB v. 3.12.76)

Dies hat er dann auch in die Tat umgesetzt. In einigen Stadtteilgruppen gelang es ihm, aufgrund der größeren organisatorischen Erfahrungen und Möglichkeiten die Zügel in die Hand zu bekommen, hauptsächlich aber wurden immer neue Initiativgruppen ins Plenum geschickt, deren Kern KB-Gruppen aus Bereichen wie Schüler, Frauen, Angestellte usw. waren, die sich nun dem Kampf gegen AKW's widmeten.

Daß es dem KB nicht um solidarische Mitarbeit, sondern um die Führungsposition ging, zeigen die zielstrebigen Bemühungen, andere politische Richtungen zu diffamieren und aus der BUU herauszudrängen: So werden Vertreter der BUU aus dem Arbeitskreis Politische Ökologie, die lange Zeit einen Kern der Anti-AKW-Bewegung ausgemacht hatten und wesentlich zu ihrer Konsequenz und ihrem Erfolg beigetragen hatten, als „Abenteurer", „Möchte-gern-Spontis" und „politisch kurzsichtige Provokateure" bezeichnet, die „aus der Bewegung herauszudrängen" sind (Rundbrief v. 3. 12., Off. Brief 2. 77). Schon zu dieser Zeit also ging es dem KB weniger um den Sturm auf den Bauplatz als um den Sturm auf die BUU.

Machtpolitik

Die Auseinandersetzungen um den 1. Mai entstanden um den Vorschlag des KB, während der Rede Matthöfers vorm Gewerkschaftshaus abzuziehen und eine eigene Abschlußkundgebung zu veranstalten. Diese Kundgebung sollte getragen sein von einer Aktionseinheit verschiedener Betriebs-, Frauen- u. a. Gruppen und der BUU. Dagegen bestanden erhebliche Bedenken bei einem Teil der BUU-Delegierten. Erstens ging es darum, den Gewerkschaftskollegen klar zu machen, daß Matthöfer nichts auf einer Maikundgebung zu suchen habe. Das war vielen wichtiger als sich abzusondern und sich – nur noch unter Gleichgesinnten – an flammenden Reden zu brauschen.

Zweitens, und das war der entscheidende Punkt, da er an das Selbstverständnis der Bürgerinitiative rührt: jeder weiß, daß die „Aktionseinheit" eine Aktionseinheit unter KB-Gruppen war. Ziel der BUU ist es jedoch, AKW's zu verhindern, nicht aber Menschen für bestimmte politische Organisationen und deren Aktionen zu mobilisieren. Bei aller Blauäugigkeit, mit der der KB sich darauf beruft, daß nicht er, sondern eine „Aktionseinheit" Träger der Demonstration sei, zeigt er doch selbst, daß es die wesentliche Funktion solcher Veranstaltungen ist, die Stärke und Führungsposition des Veranstalters herauszustellen:

„An den diesjährigen Mai-Aktionen, die von uns initiiert bzw. mitgetragen wurden, haben sich insgesamt fast 30 000 Leute beteiligt. Das ist erheblich mehr, als der Rest der Linken (. . .) zusammengenommen auf die Beine gebracht hat und bedeutet für uns mehr als eine Verdopplung gegenüber dem Vorjahr" (Arbeiterkampf 104).

Eine solche Politik können die nicht KB-orientierten Gruppen der BUU nicht mitmachen, auch wenn sie nach den machtpolitischen Manövern des KB nur noch eine Minderheit der Delegiertenstimmen aufbringen können. Wie schreibt der KB so schön:

„Es kann sich doch jeder ausrechnen, daß es uns ein Leichtes gewesen wäre, rein zahlenmäßig schon vor Monaten praktisch alle BI's zu übernehmen und die BUU völlig zu majorisieren. An einer solchen Politik sind wir aber überhaupt nicht interessiert, weil das mit Sicherheit den Tod der BUU Hamburg und überhaupt das Ende jeder Aktionseinheit bedeuten würde. Die eindrucksvolle Stärke der Aktivitäten der Aktionseinheit zum 1. Mai . . . beruht gerade darauf, daß der KB auf den Versuch verzichtet hat, sich „machtpolitisch" durchzusetzen und anderen Kräften eine bestimmte Linie aufzwingen zu wollen." (Flugblatt vom 5.5.77).

Genau dies praktiziert der KB jedoch, wenn er Kritikern seines Mai-Vorschlags unterstellt, keine „ehrlichen" AKW-Gegner zu sein, oder ihnen im DKP-Stil vorwirft, „eine Position des skrupellosen Antikommunismus" zu vertreten (Flugblatt „Aktionseinheit, was denn sonst").

Immer wieder haben es K-Gruppen geschafft, Komitees, echte Aktionseinheiten oder spontane Bewegungen für ihre Zwecke zu mißbrauchen, auf ihre Linie zu bringen und haben damit schließlich nur erreicht, daß sich die nicht „Linientreuen" enttäuscht abwenden und die ganze Inititative in irgendeiner linken Ecke landet. Diese Gefahr droht der BUU ebenfalls. Dabei nützt es gar nichts, auf Mehrheitsbeschlüsse zu verweisen und „Haltet die Spalter" zu rufen. Wenn diese Beschlüsse von den Minderheiten nicht ohne Aufgabe ihrer eigenen politischen Ansichten akzeptiert werden können, und die parteipolitische Neutralität der Bürgerinitativbewegung (was keine politische Neutralität zu sein braucht!) verlassen wird, dann sprengen sie objektiv die Zusammenarbeit. Eine solche Politik kann nur zur Spaltung führen.

Eine Reihe von KB-Mitgliedern ist inzwischen aus Empörung über diese Politik aus dem KB ausgetreten. Im Sinne einer Weiterführung der konkreten Arbeit ist es nur zu begrüßen, wenn sich die nicht parteigebundenen Gruppen in der BUU der Abstimmungsmaschinerie des KB entziehen und auf dem Montagsplenum die inhaltlichen Diskussionen wieder in solidarischer Weise führen können. Das Donnerstagsplenum wird damit auf eine reine Koordinierungsfunktion beschränkt sein (was es faktisch jetzt schon ist).

Alf, BUU Rotherbaum

Anm.: Der volle Wortlaut der internen Rundbriefe des KB sowie Berichte über die Politik des KB in den Stadtteil- und Funktionsgruppen ist in einer Broschüre des AK Polit. Ökologie (HH 19, Lutherothstraße 33) abgedruckt.

Rund 120 Leute kamen am 17. Mai zum 1. Prozess gegen einen AKW-Gegner, der an der 1. Brokdorf-Demonstration beteiligt gewesen war, nach Itzehoe. Nur 30 sollten jedoch im Gerichtssaal einen Platz erhalten. Nachdem sie in Sprechchören uneingeschränkte Öffentlichkeit gefordert hatten, griff die Polizei mit Schlagstöcken, Hunden und der „Chemischen Keule" an. 15 Verletzte.

NEUERSCHEINUNGEN!

AUGUSTIN SOUCHY:
-SACCO & VANZETTI-
Eine überarbeitete Dokumentation zum 50. Jahrestag der Ermordung Saccos und Vanzettis durch die amerikanische Klassenjustiz. 104 S. 7,50

ARTHUR HOLITSCHER:
-RAVACHOL UND DIE PARISER ANARCHISTEN-
Wie kam es um 1895 zu den Bombenattentaten in Paris? Ein Bericht über die Personen und ihre Prozesse. 96 S. 6,-

VERLAG FREIE GESELLSCHAFT
LANDGRAFENSTR. 16
6000 FRANKFURT 90

Baustopp aufgehoben

Der Baustopp für das AKW Mühlheim-Kährlich wurde am 5. Mai vom Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz aufgehoben. Die Bauarbeiten können weitergehen ohne daß eine endgültige gerichtliche Entscheidung über Mühlheim-Kährlich abgewartet werden muß. Der Baustopp war im Februar 1977 von der Koblenzer Oberstudienrätin Helga Vowinckel im Alleingang erwirkt worden.

„Modell Bayern"

Für Ordnung war gesorgt, als am 7. Mai knapp 2000 Demonstranten gegen das AKW Isar I in Ohu (bei Landshut) demonstrierten. Etwa 7.500 Polizisten und Grenzschützer aus dem ganzen Bundesgebietwaren im Einsatz. Auf jeden Demonstranten kamen also etwa 4 Polizisten. Die Einschätzungen des Polizeiaufmarsches waren unterschiedlich. Der Einsatzleiter der Polizei sprach von einem „Modellfall", wie Demonstrationen zukünftig in den Griff bekommen werden können. Kundgebungsteilnehmer hingegen fühlten sich an Zeiten erinnert, „die eigentlich schon vorbei sein sollten."

USA: 1. Bauplatzbesetzung

Etwa 2.000 Demonstranten haben Anfang Mai das Gelände des AKW Seabrook (New Hampshire) besetzt. Als die Polizei nach einigen Stunden anfing, den Platz zu räumen, leisteten Tausende passiven Widerstand und ließen sich von den Polizisten vom Platz schleppen. Insgesamt wurden 1.600 Menschen festgenommen. Festnahme, erkemungsdienstliche Behandlung und Abtransport dauerten 14 Stunden. Inzwischen sind alle wieder frei. Die letzten 550 Besetzer wurden in Massenprozessen zu 15 Tagen Zwangsarbeit und 100 Dollar Strafe verurteilt. Die nächste Demonstration wird bereits geplant. Dann sollen zehnmal soviel Leute nach Seabrook kommen.

Haftbefehl aufgehoben

Der Haftbefehl gegen den Hamburger Bernd Löwe und einen anderen in Grohnde verhafteten Atomkraftgegner ist ohne Angabe von Gründen aufgehoben worden. Noch immer wissen die beiden nicht genau, was ihnen eigentlich vorgeworfen wird: ihren Rechtsanwälten wurde bislang Einsicht in die Akten verweigert.

Laden eröffnet

Der Arbeitskreis Politische Ökologie in der BUU-Hamburg hat einen Laden eröffnet. Er soll helfen, die verschiedenen Aktivitäten der BUU – vor allem der am „Montagsplenum" (siehe Kasten) beteiligten Gruppen – zu koordinieren. Für den Laden werden dringend benötig: Teppiche, Geschirr, Töpfe, Stühle, Klappstühle, Radios, Kochplatten, Wolldecken, Tee, Kaffee und Geld.

Der Laden in der Lutteroth straße 33 ist vorläufig täglich von 17-19 Uhr geöffnet. (Tel.: 40 27 82).

Zeugen gesucht

Der Ermittlungsausschuss der BUU benötigt dringend Zeugenberichte über die Demonstration in Grohnde vom 19. März. Berichte über Festnahmen vor allem zur Entlastung festgenommener Demonstranten sollten möglichst auf folgende Punkte eingehen:

1.) Wo wurde die Festnahme durchgeführt und wann? (Skizze)
2.) Darstellung der Situation.
3.) Beschreibung der Festgenommenen und der Polizeibeamten.
4.) Weitere Zeugen.

Kontakt: Klaus Dieter Romeikat, Rappstr. 13, 2 Hamburg 13.

‹Erdbeben› war nicht vorgesehen

Bei Arbeiten zur Deichverstärkung kam es am 20. Mai zwischen Brunsbüttel und St. Margarethen zu einem Grundbruch, der den hinter dem Deich gelegenen Boden um 2,50 m hob und acht Häuser abbruchreif machte. Das Unglück kam auch für das mit den Bodenmessungen betraute Biologische Landesamt überraschend und reiht sich damit ein in eine Reihe von Vorfällen, die es nach wissenschaftlichen Ermessen „eigentlich" gar nicht geben kann. (Ein frühes Beispiel war der Bruch des als „Jahrhundertbauwerk" vielgeprieseenen Elbe-Seiten-Kanals, der nur wenige Tage hielt.)

Den Beteuerungen der schleswigholsteinischen Landesregierung zufolge sind die Schäden dieses Unglücks schnell behoben: Die betroffenen Menschen werden umgesiedelt, der Deich repariert.

Zugegeben wurde allerdings, daß das Hinterland wahrscheinlich bei einer gleichzeitigen Sturmflut überflutet worden wäre. Diesmal war gerade keine Sturmflut, und der Grundbruch hat „nur" acht Häuser zerstört. Was wäre aber geschehen, wenn „überraschend" ein Grundbruch ein paar Kilometer weiter in Brunsbüttel oder Brokdorf mit einer Sturmflut zusammengetroffen wäre? In Brunsbüttel arbeitet bereits ein „sicheres" Atomkraftwerk, und für Brokdorf trägt sich der harte Kern der norddeutschen Energiewirtschaft dem Vernehmen nach noch immer mit dem Gedanken, dort ein weiteres AKW zu bauen. Aus den zerstörten acht Häusern entweicht keine Radioaktivität – aus geborsteten und überschwemmten Atomkraftwerken auch nicht??

Doch hier denken nur aufmüpfig gewordene Bürger weiter, die leitenden Herren in Staat und Wirtschaft jedoch gehen flugs zur Tagesordnung (der Planung weiterer Monumente des „technischen Fortschritts") über.

MONTAGSPLENUM

Seit Ende April gibt es ein Koordinierungstreffen der autonomen Gruppen und Unorganisierten der BUU („Montagsplenum"). Das Treffen wurde eingerichtet, weil es in vielen Gruppen zunehmend Frustration und Ärger darüber gegeben hatte, daß im Hamburger BUU (Donnerstags-) Plenum keine solidarische Diskussion mehr möglich war, daß der Kampf gegen AKW's dort nicht mehr koordiniert, geschweige denn entwickelt werden konnte. Die Unorganisierten hatten es leid, den formierten Blöcken der politischen Organisationen ausgeliefert zu sein.

Dem Montagstreffen wird unterstellt, es wolle ein Alternativplenum sein und ihm gehe es um die Spaltung der BUU und Aufgabe des Donnerstags-Plenums.

Das ist falsch: es ist ein Diskussionsgremium einer politischen Fraktion innerhalb der BUU, bei dem es weder Delegierte noch Beschlüsse im Namen der BUU gibt.

Ziel des Montagstreffens ist es, in der praktischen Arbeit voranzukommen. So sind bisher die weitere Arbeit vor Ort in der Brokdorfer Region, Vorschläge für weitere Aktionen, insbesondere für die in Itzehoe anlaufenden Prozesse gegen AKW-Gegner u.a. diskutiert worden. Geplant sind ausführliche Diskussionen über die weiteren Perspektiven der AKW-Bewegung insgesamt und die Schwerpunkte unserer Arbeit im norddeutschen Raum.

KEIN ATOMKRAFTWERK MIT UNSEREM GELD
– BEREITSCHAFTS-ERKLÄRUNG –

Ich werde meine Abbuchungsermächtigung bei der HEW zurückziehen und erkläre mich bereit, am Stromrechnungsboykott (Kürzung um 10 %, die auf ein Sperrkonto überwiesen werden) teilzunehmen.
Meine Verpflichtung tritt aber erst in Kraft, wenn sich mindestens 1.000 weitere Kunden der HEW ebenfalls zur Teilnahme gemeldet haben.

Ich bin bereit, in meinem Bekanntenkreis weitere Unterschriften für diese Bereitschaftserklärung zu sammeln und bitte um Zusendung von ..... Bereitschaftserklärungen und weiterem Informationsmaterial.
(Bitte grundsätzlich Rückporto beilegen!)

. . . . . .
Datum Unterschrift

. . . . . .
Name in Druckbuchstaben

. . . . . Adresse

. . . . . .
Telefon

Bitte ausfüllen und zurückschicken an: Hamburger Initiative Kirchlicher Mitarbeiter und Gewaltfreie Aktion, z.Hd. W. Hertle, Großer Schippsee 28, 2100 Hamburg 90, bzw. über Stadtteilkontakte weiterleiten lassen.

Wer sich über die Stromrechnungsboykottaktion genauer informieren will: am 15. 6. 77 findet um 19h im Martin-Luther-King-Haus in der Grindelallee 9 eine Versammlung der schon Mitmachenden und für Interessierte statt.

Atomminister Matthöfer ließ am 1. Mai viel von seiner gewohnten Souveränität vermissen. Ohne Erfolg versuchen Sicherheitsbeamte ihn mit Tabletts vor den heranfliegenden Farbeiern zu schützen. Die Kundgebung mußte vorzeitig abgebrochen werden. Für den DGB war dieser 1. Mai eine Pleite. Das scharz-rot-goldene Mai-Abzeichen der Gewerkschaften war unter den vielen „Atomkraft-Nein-Danke"Plaketten kaum sichtbar.

WAS LANGE GÄRT, WIRD ENDLICH WUT

Unter diesem Titel wird ab Juni ein aktueller Anti-AKW-Film von der if (initiative fortschrittlicher Filmemacher) vertrieben, der allen Bürgerinitiativen und anderen Interessierten zur Verfügung stehen soll.

Der Film führt ein in die Technik der Atomkraftwerke und verdeutlicht die Gefährlichkeit bei Normalbetrieb sowie bei anzunehmenden Störfällen. Es werden die wahren Interessen aufgezeigt, die hinter der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie stehen: Profit, atomare Aufrüstung, Großmachtstreben, Unterwerfung der Dritten Welt und Schaffung eines repressiven Atomstaates.

Der kritische Beitrag der if dokumentiert den immer breiter werdenden Protest der Bevölkerung bis hin zum militanten Widerstand vor Ort. Die massive Hetze und die Spaltungsversuche in friedliche und kriminelle AKW-Gegner werden als Störmanöver von recht gedeutet. Augenzeugenberichte und Dokumentaraufnahmen belegen den Polikriminelle AKW-Gegner werden als Störmanöver von rechts gedeutet.

Die Auseinandersetzung um die Frage der Gewalt endet in dem Aufruf, alle möglichen Formen des Protestes anzuwenden, um den Widerstand gegen das Atomprogramm zu verbreitern und zu stärken.

Sicherlich trägt der Film dazu bei, mehr Menschen für die Anti-AKW-Bewegung zu mobilisieren, denn „100.000 sollten wir bei der nächsten Aktion schon sein; das hält kein Bauzaun aus!"

Verlag Association GmbH

Erich Fried
So kam ich unter die Deutschen
Gedichte
Bereits in den sechziger Jahren kam der jüdisch-österreichische Emigrant vor den Nazis, Erich Fried, zurück nach Deutschland – damals noch voller Hoffnung, daß sich die Vergangenheit nicht wiederholt.
Heute, nach Vietnam, der Studentenrebellion und dem mörderischen Polizeistaat BRD ist Fried Mitglied des P.P. Zahl-Komitees, Teilnehmer bei unzähligen Veranstaltungen zur Solidarität mit politischen Gefangenen und einer der bedeutendsten deutschsprachigen engagierten Lyriker. Seine Gedichtzusammenstellung zeigt, daß es bereits 5 vor 12 ist, aber auch Hoffnung und Mut zur Veränderung vorhanden ist.
DM 10.-

Freitag/Heer/Hoier
Hilfreiche Broschüre zur Ausmerzung des TERRORISMUS
Wußten Sie es schon? Die TERRORISTEN leben unter uns. Wie sie sich tarnen und war ihr wahres Gesicht ist, zeigt diese Broschüre. Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur inneren Sicherheit – diesmal von uns! zahlr. Abb. DM 5.–

Bruns/Schrammer/Larking/Bolle
Mit Samthandschuh und Eisenfaust
Polizei in der BRD
Diese Arbeit untersucht die Struktur der Polizei und die soziale Zusammensetzung der in ihr Beschäftigten. ca. 150 S., ca. DM 10.–

2 Hamburg 13
Postfach 13 22 51
(040) 41 74 84
Versandbuchhandel anfordern!

Frauennacht

Buntgemalte Gesichter, Rasseln aus Keksdosen mit Erbsen und Steinen, eine Hexenpappnase und Besen. Trommeln und Schlagzeugbecken auf Regenschirmen. Ein paar Kinder. Fackeln. Ein lauter lustiger Zug von 800 Frauen durch die Nacht. Wozu der ganze Trubel?

Wir meinen es ernst mit der Forderung „Wir erobern uns die Nacht zurück." Wir nehmen die allnächtliche Angst nicht mehr hin. Jede Frau atmet auf – mehr oder weniger – wenn sie spät abends die Haustür von innen abgeschlossen hat. Denn eigentlich besteht für uns, vom Mädchen bis zur Rentnerin, abends und nachts Ausgangssperre. 35.000 Frauen werden jährlich in der BRD und West-Berlin vergewaltigt, weil sie nachts allein auf der Straße waren, allein in eine Kneipe gingen, mit der U-Bahn fuhren, Schichtdienst haben, im Hinterhaus wohnen, angeblich aufreizende Kleidung trugen. Die Angst vor Vergewaltigungen hindert uns, uns frei zu bewegen – sie ist ein unsichtbares Gefängnis. Denn wir wollen nicht hastig, nur wenn nötig und auf längeren, weil sicheren Wegen abends nach Hause hetzen. „Hoffentlich quatscht mich keiner an!" Wir wollen in Ruhe auch abends spazierengehen können.

Die Demonstration war unser erster Nachtspaziergang. Von 9 Uhr – 11 Uhr abends. Wir wollten nicht tagsüber mit Plakaten die Nacht zurückfordern. Nein, wir haben uns diese Nacht einfach genommen. Und deshalb sind wir auch durch St. Pauli nach Ottensen gegangen. Hier ist es noch ein Stück dunkler und unsicherer als in einigen anderen Stadteilen. Wir hätten aber auch durch viele andere ziehen können.

Auf dem Kiez strömten die Menschen, fast nur Männer, regelrecht zusammen, um uns zu sehen und zu hören. So was hats auch da noch nicht gegeben. Nur vereinzelt trauen sich Männer aus dem Zuschauerhaufen raus, versuchen sich einzelne Frauen rauszugreifen. Weil wir aber so viele sind, gelingt das nicht. Angst hat keine. Aber unbändige Freude an uns. Was können wir Trubel in die dunklen verlassenen Straßen bringen! „Wir sind Frauen, wir sind viele, wir haben die Schnauze voll!" „Frauen, Frauen, laßt euch nicht verhauen!", die aus dem Zug bestimmt nicht. Und die, die neben ihrem Mann am Straßenrand oder Fenster gestanden haben? Eigentlich müßte der lachende Zug durch die Nacht ihnen eine Ahnung ihrer Stärke und Möglichkeiten gegeben haben. Die meisten Frauen haben uns zugewinkt, nur wenige geschimpft.

Demonstration des Hamburger Frauenzentrums gegen Vergewaltigung

Die Nacht der Hexen

Das war sie, unsere Walpurgisnacht. Im Mittelalter wurden Frauen als ‚Hexen' verfolgt, weil sie als Hebammen und Kräuterweibern den Menschen Hilfe brachten – Ärzte gab es damals noch nicht – und nicht wie die Kirche auf Gott vertrauten und einfach abwarteten. Frauen, die sich heute nicht an ihre Rolle als ‚Nur-Hausfrau' und Mutter halten, werden zwar nicht mehr verbrannt, aber doch als ‚Emanzen' beschimpft und eingeschüchtert. Wir wehren uns dagegen, wie schon die sogenannten ‚Hexen'.

In der Walpurgisnacht trafen sich der Sage nach die Hexen, um zu feiern und zu tanzen. Weil man befürchtete, daß die Hexen auf dem Weg zum Tanz besonders viel Unheil anrichten würden, galt jede Frau, die in dieser Nacht auf der Straße getroffen wurde, als Hexe und wurde verbrannt. Heute werden Frauen nachts auf der Straße nicht als Hexe, sondern als Freiwild betrachtet. Und das alle Nächte im Jahr! Wir wollen alle Nächte zu unseren Nächten machen. Wir wollen auch abends spazierengehen können, ohne männlichen Beschützer, ohne Angst vor Vergewaltigung.

Mit der Demonstration haben wir auf unsere Weise angefangen das zu tun: bunt, lachend, gemeinsam. Und wir hatten nicht nur Spaß, wir haben nicht nur den Männern vom Kiez und aus den Kneipen gezeigt, daß wir die Schnauze wirklich voll haben, wir haben auch gemerkt, daß wir stark sind, wenn wir uns zusammentun und einfach losgehen. „Frauen erhebt euch, und die Welt erlebt euch". St. Pauli und Ottensen haben uns erlebt.

Solche Nacht-Demonstration hat es auch in vielen anderen Städten der BRD gegeben. Aufgerufen hatten dazu alle autonomen Frauengruppen. Die Idee haben wir von italienischen Frauen abgeguckt und den traurigen letzten Anstoß gab der Tod der 26 jährigen Susanne Schmidtke aus Berlin nach einer Vergewaltigung.

Frauenzentrum
Langenfelderstr. 64 d (Hinterhof durch 2 Torbögen), 2 Hamburg 50
Neuentreff jeden Mittwoch 19 Uhr
Beratung jeden Dienstag und Freitag 17-20 Uhr
Lesbentreff jeden Freitag 20 Uhr
Klönabend – alle – Sonnabend 19 Uhr

Frauenkneipe
Stresemannstr. 60
2 Hamburg 50
täglich geöffnet ab 14 Uhr
Übrigens: Nicht „Hilfe" schreien, sondern „Feuer", da werden mehr Leute aufmerksam.

Angelika

Frauenhaus

Der Verein „Frauen helfen Frauen e.V." ist seit einigen Monaten dabei ein Haus aufzubauen, in dem mißhandelte Frauen mit ihren Kindern Zuflucht finden können. Die Gruppe steht momentan in Mietverhandlungen und rechnet fest damit in wenigen Wochen ein Haus eröffnen zu können. Am letzten Samstag (21.5.77) wandten sie sich erneut an die hanseatische Öffentlichkeit um über ihr Vorhaben zu informieren und zu diskutieren.

Mit Info- und Stellwand, Flugblättern Plaketten, Plakaten, Büchern und Frauenliedern versuchten wir am Gerhard-Hauptmannplatz, daß durch die Mönckebergstr. strömende Heer von konsumfreudigen Frauen und Männern mit der Gewaltproblematik in der Ehe zu konfrontieren, und Interesse für unser Frauenhausvorhaben zu wecken. Die Palette an Reaktionen war breit, sie reichte von offener Feindseligkeit über Desinteresse und Neugier, bis zur spontanen Zustimmung. „.. geht da ja nicht hin," sagte ein Mann zu Frau und Tochter, „die wollen euch nur versauen." Wir hatten gegen eine gewisse Flugblattmüdigkeit und dem Vorurteil anzukämpfen, daß nur Frauen, die den Männern an den Kragen wollen, sich für Frauen einsetzen können. Viele Pärchen und Frauen versuchten sich geschickt an unseren Flugblattverteilerinnen und unseren Stand vorbei zu jonglieren. Wir hatten den Eindruck, daß Frauen die schon mal was vom Frauenhaus gehört hatten uns nicht so zugeknüpft begegneten. Wir beobachteten Frauen, die uns aus einiger Entfernung lange begutachteten. Eine Frau kam auf uns zu und erzählte verzweifelt von den Mißhandlungen durch den Ehemann.

Beim Flugblattverteilen wurden wir von der Großmutter einer Frauenhausfrau unterstützt. Das fanden wir natürlich alle ganz dufte.

Die Aktion hat uns Spaß gemacht. Die teilweise frustrierenden Erlebnisse konnte unsere Gruppe gut auffangen.
Diese Aktion hat uns als Gruppe gestärkt und somit auch unsere weitere Arbeit. Für Frauen, die mißhandelt werden, haben wir vor Kurzem im Frauenzentrum in Altona (Langenfelderstr. 64 d) eine Gesprächs- und Beratungsgruppe eingerichtet. Sie läuft jeden Freitag von 14.00-16.00 Uhr.
Sonst könnt ihr uns unter folgenden Nummern erreichen:
43 97 233 Barbara
85 00 173 Renate
77 86 51 Babsch und Christine
41 76 96 Uschi
49 89 19 Marianne

Unser Spendenkonto (Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden):
Hamburger Sparkasse
1281 / 120 152
„Frauen helfen Frauen e. V."

Frauen in der Walpurgisnacht

♩♪♫♭♪♩

Frauen, erobern wir die Nacht!!!
(nach der Melodie von ‚Mackie Messer')

1. In der Nacht da ist es dunkel, daß du um dein Leben bangst; denn es ist Gewalt der Männer die uns ständig hält in Angst.
2. In den Augen dieser Männer sind wir nachts nur Fickobjekt; jeder Mann kann uns benutzen, denn er glaubt, er hat das Recht.
3. So gehört die Nacht den Männern – Ausgangssperre für die Fraun'! Wehren wir uns jetzt dagegen endlich wird zurückgehaun'.
4. Frauen wehrt euch, macht Karate stürzt gemeinsam Männermacht unsere Wut die gibt uns Stärke Fraun erobern wir die Nacht!

FRAUENKNEIPE

STRESEMANNSTR. 60, TEL. 43 63 77
JEDEN TAG OFFEN VON 14⁰⁰-1⁰⁰

14.6.,20³⁰ strompreisboykott, kein AKW mit unserm geld!!
18.6.,15⁰⁰ gemeinsames herstellen von naturkosmetik
20.+21.6. dichterinnenlesungen, alternativer literaturtrubel , beginn 20³⁰
24.6.,20⁰⁰ großes FRAUENSOMMERFEST
neues + änderungen sind immer drin ruft vorher an!